

REPORT

Mai
2026

Die serbische Opposition - Akteure, Parteien und Perspektiven



Von links bis rechts

**Programme
und Köpfe der 17
parlamentarischen
Oppositionsparteien
im Überblick**

Klartext

**Interviews mit den
Parteivorsitzenden
über die Beziehungen
zur EU und Russland,
China und den USA**

Gamechanger!?

**Porträts der
relevantesten Player
der Opposition
außerhalb des
Parlaments**

Westbalkan Briefing

Für Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

Prägnante Analysen, fundierte Einschätzungen, ausführliche Hintergrundberichte, exklusive Interviews und sorgfältig kuratierte Updates zu den zentralen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Westbalkanstaaten

**Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro,
Nordmazedonien und Serbien.**



Aktuell.

Wir berichten zeitnah
und relevant.



Strategisch relevant.

Wir analysieren Entwicklungen
mit Weitblick.



Auf den Punkt gebracht.

Klar, präzise und
entscheidungsrelevant.



ABONNEMENT

Mit Abschluss eines Abonnements erhalten Sie uneingeschränkten Zugang zur gesamten Westbalkan Briefing Plattform – inklusive Zugriff auf unser Archiv mit über **2.000+ Artikeln**, Analysen, Interviews und Hintergrundberichten.



Darüber hinaus profitieren Sie von regelmäßigen Einladungen zu **exklusiven Eventformaten** mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft aus dem Westbalkan, erhalten **alle Publikationen** auch in **Printversion** und haben die Möglichkeit, sich im Rahmen individueller Gespräche mit unseren Experten zu Ihren konkreten Fragestellungen und Interessen auszutauschen –



und werden Teil eines Netzwerks mit direktem Zugang zu relevanten Akteuren der Region.



Dieses Angebot richtet sich ausschließlich an Unternehmen und Institutionen.



Bei Interesse kontaktieren Sie uns per Mail an

dm@westbalkan.at



www.westbalkan.at



Foto: Shutterstock / Dario Valjan

04-05

Leitartikel

Die andere Seite der serbischen Politik



Foto: Shutterstock

08-09

Analyse

Parlamentarische Oppositionsparteien und die Studentenbewegung

10-27

Von links bis rechts

Die 17 parlamentarischen Oppositionsparteien im Überblick



Foto: Shutterstock / BokiPop034

SSP – Stranka slobode i pravde

NPS – Narodni pokret Srbije

ZLF – Zeleno-levi front

DS – Demokratska stranka

SRCE – Srbija centar

NDSS – Nova demokratska stranka Srbije

MI – Glas iz naroda

EU – Ekološki ustanak

MI – Snaga naroda

POKS – Pokret obnove kraljevine Srbije

SLOGA / Radnička partija

Monarhisti – Pokret za Kraljevinu Srbije

PSG – Pokret slobodnih građana

NLS – Novo lice Srbije

SDAS – Stranka demokratske akcije Sandžaka

PDD – Partija za demokratsko delovanje

RS – Ruska stranka

28-33

Im Fokus

Der Aufstieg der SSP Vom Außenseiter zur führenden Kraft der Opposition

Interview mit Dragan Đilas

Versöhnungserklärung

Deklaration „Serbien in der Europäischen Union 2030“

35-45

Klartext

5 Fragen an die Parteivorsitzenden



Foto: Copyright / Screenshot / Instagram BlokadaBeč

46-54

Gamechanger!?

Die Opposition jenseits des Parlaments

Studentenbewegung / Rektor Vladan Đokić / ProGlas / Kreni-promeni / Nemanja Šarović

Impressum

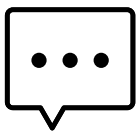
Herausgeber: Rudnik Advisory doo, Kneza Mihaila 33/2, 11000 Belgrad, Serbien / **Verantwortlich für den Inhalt:** Darko Miloradović / **Redaktion:** Darko Miloradović, Maja Marković, Uroš Matović, Andrej Ivanji / **Lektorat & Übersetzungen:** Redaktion / **Layout & Design:** Origami-Original Graphic Minds doo / **Cover-Foto:** Origami-Original Graphic Minds doo / Shutterstock 25488116931 / **Kontakt:** dm@westbalkan.at / www.westbalkan.at

Unternehmensgegenstand: Rudnik Advisory ist ein Anbieter von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mit Schwerpunkt auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen im Westbalkan / **Blattlinie:** Westbalkan Briefing ist ein unabhängiger Informationsdienst für Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz / **Transparenzhinweis:** Einzelne Inhalte, Themenschwerpunkte oder Beiträge können in Kooperation mit Partnern entstehen oder finanziell unterstützt sein. In solchen Fällen wird dies entsprechend kenntlich gemacht / **Haftung:** Die Inhalte dieser Publikation wurden mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Eine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität kann dennoch nicht übernommen werden / **Urheberrecht:** Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung, Vervielfältigung oder Verbreitung, auch auszugsweise, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Herausgebers.



Die andere Seite der serbischen Politik

Wer Serbien nur durch das Prisma des allgegenwärtigen Staatspräsidenten betrachtet, übersieht die Kräfte, die das Land im Konflikt, im Übergang und in einem künftigen Machtwechsel prägen könnten.



Darko Miloradović

Herausgeber
dm@westbalkan.at

Wer auf Serbien blickt, sieht oft nur einen Mann: Staatspräsident Aleksandar Vučić. Er und seine Serbische Fortschrittspartei (SNS) dominieren seit Jahren die internationale Wahrnehmung des Landes so stark, dass leicht übersehen wird, was sich jenseits dieses Machtzentrums bewegt – eine vielfältige, widersprüchliche, vielfach fragmentierte, politisch jedoch keineswegs irrelevante Oppositionslandschaft. Serbien ist politisch mehr als der permanente Ausnahmezustand, den das herrschende System in Dauerschleife produziert. Wer die politische Situation in dem EU-Beitrittskandidaten ernsthaft verstehen will, muss sich auch mit jenen Kräften befassen, die den Regierungsapparat herausfordern, kritisieren, korrigieren – und eines Tages mitgestalten könnten.

Die Ausgangslage ist paradox. Einerseits ist Serbien formal ein pluralistisches System mit Parteienwettbewerb, Parlament, Wahlen und öffentlicher Debatte.

Andererseits arbeiten Oppositionelle seit Jahren nicht unter fairen Bedingungen. Internationale Beobachter und demokratiepolitische Monitoring-Berichte – das EU-Parlament und zunehmend auch die EU-Kommission – verweisen auf den ungleichen Medienzugang, den Missbrauch administrativer Ressourcen, den Druck auf Beschäftigte im öffentlichen Sektor, die Dominanz der SNS im institutionellen Raum sowie auf ein Klima, in dem unabhängige Journalisten, kritische Medien und oppositionelle Stimmen strukturell benachteiligt werden. Die Opposition konkurriert daher nicht nur gegen die Regierungsparteien, sondern gegen einen Machtapparat, in dem Staat und Serbische Fortschrittspartei in Kombination mit medialer Reichweite und politischer Patronage in weiten Teilen ineinandergreifen und maximale Kontrolle sichern.

Hinzu kommt ein Problem, das tiefer reicht als jedes Wahlergebnis: das schwache Vertrauen in Parteien als solche. Im heutigen



Demonstration
„Serbien gegen
Gewalt“ am 9.
Juni 2023 vor
dem serbischen
Parlament

Serbien mit seinen 6,5 Millionen Einwohnern herrscht eine Repräsentationskrise. Das Misstrauen vieler Bürger gegenüber etablierten politischen Akteuren betrifft nicht nur die Regierung, sondern – wie Umfragen regelmäßig zeigen – ebenso die Oppositionsparteien. Regionale Erhebungen bestätigen zudem, dass Parteien im gesamten Westbalkan generell geringe Vertrauenswerte haben; in Serbien ist dieses Misstrauen besonders ausgeprägt. Das erklärt, warum selbst berechtigte Kritik an der Regierung nicht automatisch in stabile Unterstützung für deren oppositionelle Kontrahenten um-

schlägt. Zwischen Unzufriedenheit und politischer Alternative klafft seit Jahren eine Lücke.

Gerade in diesem Vakuum sind die Studentenproteste zu einem neuen politischen Faktor geworden. Ausgelöst durch den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad im November 2024, bei dem 16 Menschen starben, entwickelte sich binnen weniger Monate die größte Protestbewegung seit Jahren. Die von Studierenden getragenen Demonstrationen sind bislang die deutlichste Herausforderung für das Herrschaftssystem Vučić. Sie erfassen nicht nur Universitäten, sondern mobilisieren auch Lehrer und Schüler, Anwälte und Richter, Unternehmer, Landwirte und andere gesellschaftliche Gruppen. Damit hat sich das politische Koordinatensystem verschoben: weg von der bloßen Personalfrage, hin zu den Themen Verantwortung, Korruption und institutionelle Rechenschaft.

Dadurch ist ein neuer Widerspruch entstanden, der Serbiens Gegenwart prägt. Einerseits haben die Proteste gezeigt, dass gesellschaftliche Mobilisierung auch jenseits klassischer Parteistrukturen möglich ist. Andererseits bleibt offen, wie sich diese Energie in dauerhafte politische Wirkung übersetzen lässt. Protest ist noch keine Organisation, moralische Autorität noch keine Machtoption, und gesellschaftliche Breite ersetzt keine strategische Kohärenz. Für die Oppositionsparteien ist das Chance und Risiko zugleich: eine Chance, weil vernichtende Kritik an der Regierung im neuen politischen Klima breit anschlussfähig geworden ist; ein Risiko, weil die Distanz vieler Protestakteure zu den Parteien offenlegt, wie begrenzt die Integrationskraft der Opposition bislang bleibt.

“Das Misstrauen vieler Bürger gegenüber etablierten politischen Akteuren betrifft nicht nur die Regierung, sondern – wie Umfragen regelmäßig zeigen – ebenso die Oppositionsparteien”

“Die Proteste haben gezeigt, dass gesellschaftliche Mobilisierung auch jenseits klassischer Parteistrukturen möglich ist”

Hinzu kommt: Auch die institutionelle Antwort auf die Ereignisse hat das Grundproblem nicht gelöst. Der Rücktritt von Premierminister Miloš Vučević und die Ernennung von Đuro Macut – beide gehören der SNS an – zum neuen Premierminister im April 2025 waren eine personelle Reaktion auf den öffentlichen Druck, änderten aber nichts an der Diagnose: Die politische Polarisierung bleibt hoch, demokratische Institutionen werden für den puren Machterhalt missbraucht, und die gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Richtung und Zukunft des Landes ist offener denn je. Gerade deshalb wäre es zu kurz gegriffen, die gegenwärtige Situation allein als Regierungskrise zu lesen. Sie ist ebenso eine Krise der Vermittlung, der Glaubwürdigkeit und der politischen Repräsentation.

In der diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Debatte über Serbien kreisen seit Jahren dieselben Fragen: Wie stabil ist das System Vučić noch? Wie belastbar ist sein außenpolitischer Balanceakt zwischen Brüssel und Moskau, Washington und Peking? Wie tief reicht die gesellschaftliche Unzufriedenheit?

Viel seltener wird hingegen gefragt, was wirklich wichtig ist: Wer und was kommt danach?

Wer Serbien nur durch das Prisma des allgegenwärtigen Staatspräsidenten betrachtet, übersieht die Kräfte, die das Land im Konflikt, im Übergang und in einem künftigen Machtwechsel prägen könnten. Es ist Zeit für eine Blickverschiebung: weg von der Fixierung auf eine Person, hin zu einem präziseren Verständnis eines Landes, dessen politische Realität dynamischer, komplexer und widersprüchlicher ist, als es die ereignisgetriebene und oberflächliche deutschsprachige Berichterstattung vermittelt.

REGIERUNG



129
ALEKSANDAR
VUČIĆ

SNS, SDPS, PUPS, SPO, SNP,
Zdrava Srbija, Pokret
socijalista



18
IVICA DAČIĆ
SPS, JS



6
VAJDAŠÁGI MAGYAR
SZÖVETSÉG
SVM



2
USAME
ZUKORLIĆ
PZP, DSHV

OPPOSITION



65
SRBIJA PROTIV
NASILJA

SSP, NPS, ZLF, DS, PSG, SRCE,
PZP, NLS, Zajedno, Sloga, Ne
davimo Beograd



2
SDA
Sandžaka



13
DR MILOŠ JOVANOVIĆ
– NADA ZA SRBIJU
NDSS, POKS



1
POLITIČKA BORBA
ALBANACA SE NASTAVLJA
ŠAIP KAMBERI



13
MI-GLAS
IZ NARODA



1
RUSKA
STRANKA

250

Abgeordnete

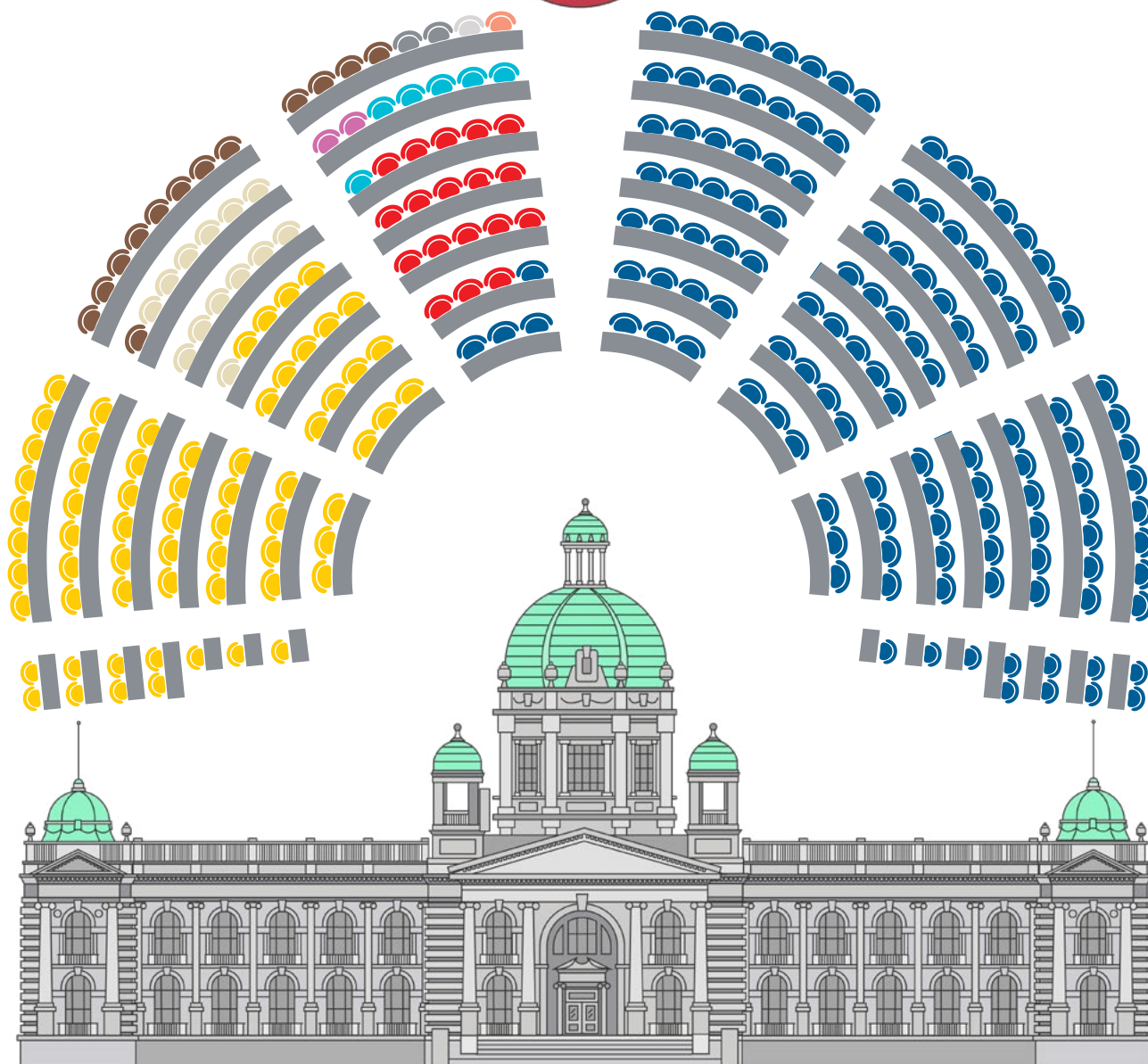
www.parlament.gov.rs


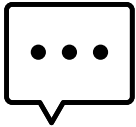
Foto: Shutterstock

Wahlen und Wahlsystem

Wahllisten für das serbische Parlament können von Parteien, Koalitionen und Bürgergruppen eingereicht werden. Jede Liste darf maximal 250 Kandidaten umfassen, wobei mindestens 40 Prozent dem weniger vertretenen Geschlecht angehören müssen. Für die Zulassung einer Liste sind 10.000 beglaubigte Unterstützungsunterschriften erforderlich, bei Minderheitenlisten 5.000. Die Einreichung erfolgt spätestens 20 Tage vor dem Wahltag. Die Stimmabgabe erfolgt über Wahllisten, wobei jeder Wähler eine Liste auswählt. An der Verteilung der Mandate nehmen grundsätzlich nur Listen teil, die mindestens 3 Prozent der Stimmen erreichen. Minderheitenlisten sind von dieser Hürde ausgenommen. Die Sitzverteilung erfolgt proportional nach dem D'Hondt-Verfahren. Die Mandate werden anschließend in der Reihenfolge der Kandidaten auf den jeweiligen Listen vergeben.

ANALYSE

Parlamentarische Oppositionsparteien und die Studentenbewegung



Andrej Ivanji

Chefredakteur
vreme.com



In der Vladislav Ribnikar-Grundschule im Zentrum Belgrads tötete am 3. Mai 2023 ein dreizehnjähriger Junge neun Schüler und den Schulwachmann. Einen Tag später, am 4. Mai, tötete ein zwanzigjähriger in den Dörfern Orašje und Mala Dubona unweit von Belgrad neun und verletzte zwölf, größtenteils junge Menschen.

Viele Bürger glaubten, dass die Regierung für diese beiden Massenmorde verantwortlich sei, weil sie Gewalt in den gleichgeschalteten Medien fördere. Unter dem Motto „Serbien gegen Gewalt“ kam es zu einer Welle von Massenprotesten, unter deren Druck Serbiens Staatspräsident Aleksandar Vučić (SNS) vorgezogene Parlamentswahlen für den 17. Dezember ausschrieb.

Traditionell gespalten und zerstritten, doch angetrieben von der Rebellion in der Gesellschaft, gelang es neun proeuropäischen Oppositionsparteien irgendwie, sich in der Koalition „Serbien gegen Gewalt“ zu vereinen, darunter die Stranka slobode i pravde (SSP – Partei für Freiheit und Gerechtigkeit), Narodni pokret Srbije (NPS – Volksbewegung Serbiens), Zeleno-levi front (ZLF – Grün-linke Front), Srbija centar (SRCE – Serbien Zentrum), Demokratska stranka (DS – Demokratische Partei), Ekološki ustanak (Ökologischer Aufstand), Pokret slobodnih

gradana (PSG – Bewegung freier Bürger), Zajedno (Gemeinsam), Pokret za preokret (PZP – Bewegung für Umkehr).

Unter den Bedingungen totaler Mediendominanz der regierenden Parteien, allen voran der Srpska napredna stranka (SNS – Serbischen Fortschrittspartei) eines weitreichenden Missbrauchs staatlicher Ressourcen und Stimmentdiebstahls, stimmten 902.450 Menschen (23,66 Prozent) für „Serbien gegen Gewalt“, die Koalition gewann 65 von 250 Mandaten im serbischen Parlament.

Für die rechte, patriotische, ebenfalls oppositionelle Koalition der Nova demokratska stranka Srbije (NDSS – Neuen Demokratischen Partei Serbiens) und dem Pokret za obnovu kraljevine (POKS – Bewegung zur Wiederherstellung des Königreichs Serbien (POKS) namens NADA, stimmten 191.431 Wähler (5,02 %) was für 13 Abgeordnetenmandate reichte.

Diese beiden Oppositionsblöcke eint der gemeinsame Kampf um die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Standards, während sie sich hinsichtlich der Beziehungen zur Europäischen Union deutlich unterscheiden: Die Parteien der Koalition „Serbien gegen Gewalt“

sind proeuropäisch eingestellt, sie befürworten den EU-Beitritt des Landes, während für NADA die „Verteidigung“ des Kosovo im Mittelpunkt steht, und sie sich dementsprechend gegen den Beitritt zur Europäischen Union ausspricht.

Formal gehört zur Opposition auch die Bewegung „MI – Glas iz naroda (Wir – Stimme des Volkes), deren Vorsitzender der umstrittenen Arzt und Impfgegner Branimir Nestorović ist, der unter anderem behauptet, dass Menschen mit grünen und blauen Augen von Außerirdischen abstammen. Aber alles spricht dafür, dass es sich bei dieser politischen Organisation um ein Projekt des Staatsapparates handelt, das mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, Oppositionswähler abzulenken und zu verwirren. Insgesamt erreichte Dr. Nestorović 178.830 Stimmen (4,69 Prozent), was für 13 Parlamentsmandate reichte.

Bei den Parlamentswahlen 2023 scheiterten zwei etablierte oppositionelle, rechtsextreme, antieuropäische und prorussische Parteien – Dveri und die Serbische Partei Zavetnici – an der Drei-Prozent-Hürde. In der Zwischenzeit schlossen sich Zavetnici der von Aleksandar Vučić geführten Regierungskoalition an, und ihre

“Die Parteien der Koalition „Serbien gegen Gewalt“ sind proeuropäisch eingestellt, sie befürworten den EU-Beitritt des Landes, während für NADA die „Verteidigung“ des Kosovo im Mittelpunkt steht, und sie sich dementsprechend gegen den Beitritt zur Europäischen Union ausspricht”

Parteivorsitzende Milica Đurđević Stamenkovski erhielt die Position der Ministerin für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales.

Streitende Opposition

Trotz ihres relativen Erfolgs löste sich die Koalition „Serbien gegen Gewalt“ fast unmittelbar nach ihrem Einzug ins Parlament auf. Der Stein des Anstoßes waren die wiederholten Wahlen für das Belgrader Stadtparlament.

Zeitgleich mit den Parlamentswahlen, am 17. Dezember 2023, wurden nämlich die Provinzwahlen in der Vojvodina und ein Teil der Kommunalwahlen anberaumt. Trotz brutaler Wahlmanipulation des Regimes, Stimmendiebstahls und sogar des „Imports“ von Wählern aus der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina, endeten die Wahlen in Belgrad in einer Pattsituation. Diese Wahlen wurden am 2. Juni 2024 wiederholt, doch die Hälfte der Parteien der Koalition „Serbien gegen Gewalt“ boykottierte sie, weil sie unter den bestehenden Bedingungen nicht daran teilnehmen wollten. Das Ergebnis war, dass die Opposition eine große Chance verpasste, Belgrad zu erobern.

Diese Spaltung innerhalb dieses Teils der parlamentarischen Opposition hält bis heute an, obwohl die ideologischen Unterschiede zwischen ihnen recht gering sind.

Die meisten Parteien der Koalition „Serbien gegen Gewalt“ positionieren sich als Mitte-Rechts-Parteien, unter ihnen gilt die PSG als eine liberale Partei. Die DS ist eine sozialdemokratische Partei, schon der Name der Grün-linken Front verrät, wo sie steht, und die SSP gibt sich formal als eine Mitte-Links-Partei aus. PSG, DS und die ZLF sind die am deutlichsten ausgeprägten „proeuropäischen“ Parteien.

Wichtig anzumerken ist, dass in Serbien immer noch davon ausgegangen wird, dass alles außer eines rituellen Beharrens auf Kosovo als einem untrennbaren Teil Serbiens, dass bereits die Andeutung einer Anerkennung des Kosovo politischer Selbstmord wäre.

Die parlamentarische Oppositionsparteien haben mittlerweile im Alleingang fast kein spezifi-



Die serbische Fahne bei einer Demonstration in Belgrad

sches politisches Gewicht mehr, nur in einer breiten Koalition könnten sie eine relevante politische Kraft darstellen.

New kid on the block

Unterdessen wird Serbien von einer neuen Welle von Massenprotesten unter dem Motto „Eure Hände sind blutig“ erschüttert. Diese löste der Einsturz des Vordachs des Bahnhofs in Novi Sad am 1. November 2024 aus, bei dem 16 Menschen starben. Oppositionsparteien und eine große Anzahl von Bürgern glauben, dass die endemische Korruption innerhalb des Regimes von Aleksandar Vučić, der seit 2012 an der Macht ist, für diese Tragödie verantwortlich sei.

Diese Proteste brachten eine neue, dominierende politische Kraft hervor – die Studentenbewegung. Die Studierenden sind zum Motor der Rebellion in der Gesellschaft geworden. Alle verfügbaren, mehr oder weniger relevanten Meinungsumfragen zeigen, dass sie die mit Abstand stärkste Oppositionsorganisation sind. Sie wollen an den nächsten Parlamentswahlen teilnehmen, halten jedoch ihre Wahlliste bisher geheim.

Das Problem ist, dass die Studentenbewegung weder einen sichtbaren Anführer hat, noch sich zu „großen“ Themen wie der europäischen Integration, dem Verhältnis zu Russland oder der Unabhängigkeit des Kosovo äußert. Die Studentenbewegung tritt für Rechtsstaatlichkeit ein und fordert die Ausrufung vorgezoge-

ner Parlamentswahlen, was allein für eine eventuelle Unterstützung der EU, oder einzelner EU-Staaten jedoch einfach nicht ausreicht.

Meinungsumfragen geben parlamentarischen Oppositionsparteien kaum oder gar keine Chance, die Drei-Prozent-Hürde zu überschreiten, wenn sie keine großen Koalitionen bilden. Etwaige Verhandlungen darüber haben noch nicht begonnen.

Bisher hat sich die Studentenbewegung ausdrücklich von allen oppositionellen Parlamentsparteien distanziert und die Bildung einer Art „Superkoalition“ gegen das autokratische Regime ausgeschlossen, die allen Berichten zufolge große Chancen auf den Sieg bei den kommenden Wahlen hätte.

Jede Konsolidierung der Oppositionskräfte bedroht die bestehende Regierung unter dem Kommando von Staatspräsident Aleksandar Vučić, jede Uneinigkeit macht sie stärker.

Vučić kündigte unter dem Druck der Massenproteste und der Krise in der Gesellschaft vorgezogene Wahlen bis zum Jahresende an, „vielleicht bereits im Sommer“. Obwohl sie wissen, dass sich der Staatspräsident unter Umständen auch für einen Wahl-Blitzkrieg entscheiden könnte, sind weder die Studentenbewegung, noch die etablierten Oppositionsparteien darauf vorbereitet. Einmal ausgeschrieben, müssen Parlamentswahlen innerhalb von 45 Tagen stattfinden.

Die 17

Oppositionsparteien im Überblick

Die parlamentarische Oppositionslandschaft in Serbien präsentiert sich als vielschichtiges und zugleich schwer überschaubares politisches Feld. Anders als in konsolidierten Parteiensystemen ist sie nicht durch stabile Lager oder klar abgegrenzte ideologische Blöcke geprägt, sondern durch ein Nebeneinander unterschiedlichster Akteure, die sich entlang politischer, persönlicher und strategischer Bruchlinien organisieren.

Charakteristisch für dieses politische Feld ist seine ausgeprägte Dynamik. Parteigründungen, Abspaltungen und personelle Verschiebungen sind keine Ausnahme, sondern struktureller Bestandteil der politischen Entwicklung. Neue Parteien entstehen häufig aus internen Konflikten oder strategischen Neupositionierungen heraus, während bestehende Organisationen durch Austritte, Zusammenschlüsse oder Führungswechsel kontinuierlich verändert werden. Diese permanente Bewegung führt dazu, dass sich die inneroppositionellen Kräfteverhältnisse in vergleichsweise kurzen Zeiträumen verschieben können.

Inhaltlich reicht das Spektrum von klar proeuropäischen und reformorientierten Positionen über

zentristische Ansätze bis hin zu nationalkonservativen, souveränitätsbetonten oder monarchistischen Konzepten. Ergänzt wird dieses Bild durch politische Akteure, die primär die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen oder ethnischer Minderheiten vertreten und deren Agenda stark auf Fragen der Repräsentation, Gleichstellung und regionalen Entwicklung ausgerichtet ist. Diese Vielfalt macht die Opposition einerseits attraktiv für unterschiedliche Wählersegmente, erschwert andererseits jedoch die Bildung konsistenter politischer Alternativen auf nationaler Ebene.

Trotz dieser Heterogenität lassen sich auch verbindende Elemente erkennen. Themen wie institutionelle Reformen, Korruptionsbekämpfung, Rechts-

staatlichkeit sowie die Frage nach der strategischen Ausrichtung Serbiens zwischen Europäischer Union und anderen internationalen Partnern zählen zu den wiederkehrenden Bezugspunkten eines großen Teils der Oppositionsparteien.

Die vorliegende Übersicht* strukturiert dieses komplexe Umfeld und stellt alle 17 Oppositionsparteien kompakt dar: Entstehungsgeschichte, politische Ausrichtung, programmatische Schwerpunkte, Mandatsstärke sowie Partei- und Fraktionsführung. Kontaktdaten und Social-Media-Präsenzen ermöglichen einen direkten Zugang zu den jeweiligen Parteien.

* Die dieser Übersicht zugrunde liegenden Informationen wurden aus öffentlich zugänglichen Quellen erhoben, ausgewertet und verifiziert und entsprechen dem Stand zu Redaktionsschluss. Eine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität kann dennoch nicht übernommen werden.



Partei für Freiheit und Gerechtigkeit



Dragan Dilas

Parteivorsitzender



x.com/DraganDjilas



Marinika Tepić

Klubobfrau



x.com/MarinikaTepic

Die Stranka slobode i pravde (SSP) wurde 2019 gegründet und entstand aus dem Zusammenschluss mehrerer politischer Organisationen und Bewegungen, darunter die Levica Srbije sowie die Grüne ökologische Partei. Ziel der Gründung war es, eine politisch klar positionierte Kraft im Mittel-links-Spektrum zu etablieren, die gesellschaftliche Reformen mit einer konsequent proeuropäischen Ausrichtung verbindet.

Inhaltlich setzt sich die SSP für eine umfassende Modernisierung staatlicher Strukturen ein. Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung von Korruption und der Stärkung rechtsstaatlicher Institutionen. Darüber hinaus fordert die Partei Reformen im Bereich der Wirtschaftspolitik, insbesondere eine gerechtere Verteilung der Steuerlast durch die Einführung progressiver Besteuerungsmodelle. Auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, darunter ein neues Arbeitsgesetz, gehören zu ihren Kernforderungen. Sozialpolitisch tritt die SSP für den Ausbau staatlicher Leistungen sowie für mehr Chancengleichheit ein.

Außenpolitisch bekennt sich die Partei klar zur europäischen Integration Serbiens. Sie unterstützt den Beitrittsprozess zur Europäischen Union und plädiert für eine stärkere Angleichung der serbischen Außenpolitik an die Positionen der EU. In diesem Zusammenhang spricht sie sich auch für die Übernahme europäischer Maßnahmen im Kontext internationaler Konflikte aus. Gleichzeitig setzt die SSP auf regionale Zusammenarbeit im Westbalkan und betont die Bedeutung von Dialog, Versöhnung und wirtschaftlicher Kooperation zwischen den Staaten der Region.

Die politische Ausrichtung der SSP ist geprägt von einem proeuropäischen und reformorientierten Ansatz, der wirtschaftliche, soziale und institutionelle Veränderungen miteinander verbindet. Ihre Anhängerschaft umfasst vor allem Wählergruppen, die eine stärkere Integration in europäische Strukturen, eine Modernisierung des Staates und eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der Region befürworten.

Abgeordnete: 12*

*ursprünglich 16, von denen sich inzwischen 4 anderen Parlamentsklubs angeschlossen haben

Gründungsjahr: 2019

Politische Ausrichtung:
Sozialdemokratisch



www.ssp.rs



www.facebook.com/StrankaSlobodeIPravde



x.com/slobodaipravda



Volksbewegung Serbiens



**Miroslav
Aleksić**

Parteivorsitzender
und Klubobmann



x.com/MiikiAleksic

Der Narodni pokret Srbije (NPS) knüpft an eine frühere Organisation gleichen Namens an, die von 2014 bis 2017 bestand, bevor sie in der von Vuk Jeremić geführten Narodna stranka (NS) aufging.

Die Partei wurde 2023 neu gegründet, nachdem ihr heutiger Vorsitzender Miroslav Aleksić die NS verlassen hatte. Ziel war eine stärker integrierende politische Plattform. Kurz nach der Gründung trat der NPS bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Dezember 2023 im Bündnis „Serbien gegen Gewalt“ an. Die Koalition erzielte ein starkes Ergebnis und etablierte sich als zentrale Kraft der Opposition. Der NPS verfügt über eine breite lokale Verankerung mit zahlreichen kommunalen Mandaten und einem landesweiten Netzwerk.

Programmatisch verbindet die Partei nationale mit bürgerlich-demokratischen Elementen. Im Zentrum stehen nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, langfristiges Wachstum und gesellschaftlicher Wohlstand.

Gleichzeitig fordert der NPS eine konsequente Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie tiefgreifende institutionelle Reformen.

Zu den wichtigsten Forderungen zählt die Einführung eines personalisierten Verhältnisswahlsystems zur Stärkung der Rechenschaftspflicht und des Vertrauens in staatliche Institutionen. Zudem spricht sich die Partei für mehr Dezentralisierung und Regionalisierung sowie für eine stärkere Förderung des Agrarsektors aus.

Außenpolitisch verfolgt der NPS einen staatspolitischen Ansatz, orientiert an den Interessen Serbiens. Er befürwortet die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Einklang mit europäischen Werten, betont aber zugleich ausgewogene Beziehungen zu weiteren Partnern wie den Vereinigten Staaten und Ländern des globalen Südens. Die Partei sieht Serbien als verbindendes Element zwischen geopolitischen Räumen und tritt für militärische Neutralität sowie regionale Stabilität ein.

Abgeordnete: 10*

*ursprünglich 17, von denen sich inzwischen 7 anderen Parlamentsklubs angeschlossen haben

Gründungsjahr: 2023

Politische Ausrichtung:
Mitte-rechts



www.nps.org.rs



www.facebook.com/people/Narodni-pokret-Srbije/100095373077519/



x.com/NarodniPokretS



Grün-Linke Front



**Radomir
Lazović**

Ko-Parteivorsitzender
und Klubobmann



**Dr. Biljana
Đorđević**

Ko-Parteivorsitzende
und Klubobfrau



x.com/Bibislav

Der Zeleno-levi front (ZLF) ist aus der Bewegung „Ne davimo Beograd“ sowie mehreren Bürgerinitiativen hervorgegangen. An der Spitze der Partei stehen die Ko-Vorsitzenden Radomir Lazović und Biljana Đorđević. Der ZLF versteht sich als Teil einer modernen linken politischen Strömung und verbindet ökologische mit sozialpolitischen Ansätzen.

Programmatisch orientiert sich die Partei an den Prinzipien der sogenannten „grünen Linken“. Im Zentrum stehen Themen wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Schutz der Umwelt sowie der Erhalt und Ausbau öffentlicher Güter. Darüber hinaus setzt sich der ZLF für eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ein und betont die Bedeutung demokratischer Mitbestimmung.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Dezentralisierung staatlicher Strukturen sowie dem Schutz von Bürger- und Menschenrechten. Die Partei vertritt zudem eine klar antifa-

schistische Haltung und positioniert sich gegen politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die sie als Rückschritt in diesen Bereichen bewertet.

In der praktischen Politik engagiert sich der ZLF insbesondere in umwelt- und sozialpolitischen Fragen. Dazu zählen Initiativen gegen Umweltzerstörung und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie Vorschläge für neue gesetzliche Regelungen im Bereich gesellschaftlicher Rechte. Auch auf institutioneller Ebene tritt die Partei mit eigenen Gesetzesinitiativen im Parlament in Erscheinung und versucht, ihre programmatischen Ansätze in konkrete politische Maßnahmen zu überführen.

Abgeordnete: 10

Gründungsjahr: 2023

Politische Ausrichtung: Links



www.zelenolevifront.rs



www.facebook.com/zelenolevifront



x.com/zelenolevifront



Demokratische Partei



Srđan Milivojević

Parteivorsitzender
und Klubobmann



x.com/srdjanmil037

Die Demokratska stranka (DS) zählt zu den traditionsreichsten politischen Kräften Serbiens. Seit 2024 wird sie von Srđan Milivojević geführt. Die Partei wurde 1990 von Intellektuellen und Oppositionellen neu gegründet, die an die historische Demokratische Partei aus der Zeit des Königreichs Jugoslawien anknüpften. In den 1990er-Jahren spielte sie eine zentrale Rolle im Widerstand gegen das Regime von Slobodan Milošević und beteiligte sich an Protesten sowie Oppositionsbündnissen.

Unter Zoran Đinđić wurde die DS organisatorisch neu aufgestellt. Nach dem Sturz Miloševićs im Jahr 2000 wurde sie zur führenden Regierungspartei, Đinđić wurde Premierminister. Nach seiner Ermordung 2003 prägte Boris Tadić die Partei über Jahre hinweg. Unter seiner Führung entwickelte sich die DS zur zentralen Kraft des proeuropäischen Lagers und war mehrfach an Regierungen beteiligt, bevor sie 2012 in die Opposition wechselte.

In den Folgejahren durchlief die Partei mehrere Führungswechsel und interne Neuordnungen. Nach Dragan Đilas, Bojan Pajtić, Dragan Šutanovac und Zoran Lutovac übernahm Ende 2024 Milivojević den Vorsitz. Trotz Abspaltungen und schwächerer Wahlergebnisse blieb die DS Teil der Opposition, beteiligte sich an Bündnissen wie „Vereinigt für einen Sieg Serbiens“ und „Serbien gegen Gewalt“ und ist seit 2022 wieder im Parlament vertreten.

Programmatisch wandelte sich die DS von einer breit aufgestellten Partei hin zu einer proeuropäischen, gesellschaftlich liberalen und sozialdemokratischen Kraft der linken Mitte. Sie setzt sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit, europäische Integration und Reformen ein und betont den Schutz bürgerlicher Freiheiten sowie den Widerstand gegen autoritäre Entwicklungen.

Damit bleibt die DS trotz ihres Bedeutungsverlusts eine der historisch und symbolisch wichtigsten Oppositionsparteien Serbiens.

Abgeordnete: 8*

* ursprünglich 4, inzwischen haben sich 4 weitere von der aufgelösten Partei Zajedno! angeschlossen

Gründungsjahr: 1990

Politische Ausrichtung:
Sozialdemokratisch



www.ds.org.rs



www.facebook.com/demokrate



x.com/demokrate



Serbien-Zentrum



Zdravko Ponoš

Parteivorsitzender
und Klubobmann



x.com/ZdravkoPonos

Die von Zdravko Ponoš geführte Partei Srbija centar (SRCE) wurde im Juni 2022 gegründet und ging aus dem Umfeld der damaligen Oppositionskoalition hervor. In diesem Rahmen trat Ponoš bei den Präsidentschaftswahlen 2022 als gemeinsamer Kandidat an und erreichte mit 18 Prozent den zweiten Platz hinter Aleksandar Vučić. Nach seinem Austritt aus der Narodna stranka initiierte er die Gründung einer eigenständigen politischen Organisation, die sich im politischen Zentrum positioniert.

Seit ihrer Gründung arbeitet SRCE mit verschiedenen Oppositionsakteuren zusammen, darunter die Demokratska stranka, Zajedno sowie der ZLF. Die Partei war Teil der Oppositionsmobilisierung im Jahr 2023 und beteiligte sich an Initiativen im Kontext landesweiter Proteste. Dabei unterstützte sie auch Vorschläge zur institutionellen Neuordnung, etwa die Bildung einer Übergangsregierung.

Programmatisch verfolgt SRCE einen zentristischen Ansatz mit Fokus auf institutionelle Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Verantwortung. Die Partei setzt sich für die europäische Integration Serbiens ein und befürwortet eine stärkere Annäherung an die Europäische Union, betont zugleich jedoch die Notwendigkeit einer eigenständigen außenpolitischen Positionierung.

Weitere Schwerpunkte liegen auf wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, darunter die Stärkung von Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und Industrie sowie bessere Arbeitsbedingungen. Auch Umwelt- und Klimapolitik sind Teil des Programms, insbesondere im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung.

Insgesamt versteht sich SRCE als moderat ausgerichtete Kraft, die auf Kooperation innerhalb der Opposition, institutionelle Reformen und eine stärkere Einbindung Serbiens in europäische Strukturen setzt.

Abgeordnete: 8*

* ursprünglich 9, von denen sich inzwischen einer einem anderen Parlamentsklub angeschlossen hat

Gründungsjahr: 2022

Politische Ausrichtung: Mitte



www.srce-org.rs



www.facebook.com/srbijacentarsrce



x.com/Srbija_centar



Neue Demokratische Partei Serbiens



Dr. Miloš Jovanović

Parteivorsitzender
und Klubobmann

Die Nova demokratska stranka Srbije (NDSS) ist eine nationalkonservative Partei in Serbien und ging aus der früheren Demokratska stranka Srbije (DSS) hervor. Ihre Wurzeln reichen bis in die frühen 1990er-Jahre zurück, als sie sich als konservativer Flügel von der Demokratischen Partei abspaltete. Unter der Führung von Vojislav Koštunica entwickelte sie sich zu einem zentralen Akteur der Opposition gegen das damalige Regime und spielte eine wichtige Rolle im politischen Umbruch des Jahres 2000. Koštunica wurde nach den Wahlen Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien und später Premierminister Serbiens.

In den 2000er-Jahren war die Partei mehrfach an Regierungen beteiligt und prägte insbesondere staatspolitische und verfassungsrechtliche Fragen. Nach 2008 verlor sie jedoch zunehmend an politischem Einfluss und verpasste zeitweise den Wiedereinzug ins Parlament. In den folgenden Jahren erfolgte eine personelle und programmatische Neuausrichtung, unter

anderem unter Miloš Jovanović, der heute an der Spitze der Partei steht. 2022 wurde schließlich die Umbenennung in Nova demokratska stranka Srbije vollzogen.

Ideologisch vertritt die NDSS eine nationalkonservative und staatspolitisch orientierte Linie. Sie betont die Bedeutung nationaler Souveränität, institutioneller Stabilität und traditioneller politischer Werte. Außenpolitisch zeigt sich die Partei zurückhaltend gegenüber einer vertieften Integration in westliche Strukturen und setzt auf eine eigenständige Position Serbiens im internationalen Umfeld.

Die NDSS versteht sich als politische Kraft, die Kontinuität mit staatlichen und demokratischen Traditionen verbindet und dabei eine eigenständige politische und wirtschaftliche Entwicklung Serbiens in den Mittelpunkt stellt.

Abgeordnete: 7

Gründungsjahr: 1992

Politische Ausrichtung: Mitte-rechts



www.novidss.rs



www.facebook.com/novademokratskastrankasrbije



x.com/novidsscentar



WIR, Stimme aus dem Volk



**Siniša Ljepojević,
Dragan Stanojević, Mitar
Kovač, Jovan Janjić und
Branko Pavlović**

Kollektives Führungsgremium



**Branko
Pavlović**

Klubobmann

Mi - Glas iz naroda (MI-GIN) ist eine politische Bewegung, die sich bewusst nicht als klassische Partei, sondern als bürgernahe Plattform versteht. Eine formale Führungsstruktur mit eindeutigem Vorsitz existiert nicht; als prägendes öffentliches Gesicht galt lange der Arzt und Publizist Branimir Nestorović.

Gegründet wurde MI-GIN im Jahr 2023 von Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, darunter Wissenschaft, Medien und Militär. Die Initiative entstand vor dem Hintergrund einer zunehmenden Distanz vieler Wähler gegenüber etablierten Parteien und mit dem Anspruch, eine politische Alternative jenseits traditioneller Strukturen zu schaffen. Die politische Mobilisierung erfolgte zunächst vor allem über soziale Medien und digitale Kommunikationskanäle.

Der Bewegung gelang bei den Parlaments- und Lokalwahlen 2023 der Einzug in die Nationalversammlung sowie in die Stadt-

versammlung von Belgrad. Nach den Wahlen positionierte sie sich bewusst unabhängig und lehnte eine Zusammenarbeit sowohl mit der Regierungspartei als auch mit bestehenden Oppositionsbündnissen ab.

Inhaltlich legt MI-GIN den Fokus auf alltagsnahe Themen, insbesondere auf Reformen im Gesundheitswesen, das als zentraler Problembereich hervorgehoben wird. Die Bewegung versteht sich als Stimme der Bürger und betont nationale Interessen, gesellschaftliche Stabilität sowie eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse. Insgesamt tritt sie als eigenständiger politischer Akteur auf, der sich klar von etablierten Parteien abgrenzt.

Abgeordnete: 6

Gründungsjahr: 2023

Politische Ausrichtung:
Rechts



www.miglasiznaroda.rs



www.facebook.com/miglasiznaroda



x.com/glas_iz_naroda



Ökologischer Aufstand



Aleksandar Jovanović

Parteivorsitzender
und Klubobmann



x.com/CutaJovanovic

Der Ekološki ustanak (EU) ist eine politische Bewegung unter der Führung von Aleksandar Jovanović, genannt Čuta. Sie entstand 2021 aus einer Reihe von Umweltprotesten und zivilgesellschaftlichen Initiativen, insbesondere im Zusammenhang mit Widerstand gegen kleine Wasserkraftwerke und Umweltzerstörung.

Die Bewegung gewann rasch an Bedeutung durch landesweite Proteste, bei denen tausende Menschen gegen Umweltprobleme und konkrete Projekte wie den geplanten Lithiumabbau im Jadar-Tal mobilisiert wurden. Der Ekološki ustanak entwickelte sich dabei von einer Protestplattform zu einem politischen Akteur mit dem Ziel, ökologische Themen stärker in die institutionelle Politik zu tragen.

Bei den Parlamentswahlen 2022 trat die Bewegung im Rahmen der grün-linken Koalition „Moramo“ an und schaffte es sowohl auf nationaler Ebene als auch ins Belgrader Stadtparla-

ment. Im selben Jahr ging sie in der neu gegründeten Partei „Zajedno“ auf, verließ diese jedoch 2023 wieder aufgrund interner Differenzen.

Im politischen Profil verbindet der EU Umweltpolitik mit gesellschaftlichen und demokratischen Forderungen. Im Mittelpunkt stehen der Schutz natürlicher Ressourcen, die Bekämpfung von Umweltverschmutzung sowie eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen. Die Bewegung positioniert sich zudem klar gegen Projekte, die sie als ökologisch schädlich bewertet, und fordert nachhaltige Entwicklungsmodelle für Serbien.

Abgeordnete: 5

Gründungsjahr: 2021

Politische Ausrichtung:
Mitte-links



www.ekoloskiustanak.org.rs



www.facebook.com/ekoloski.ustanak.cuta/



x.com/EkološkiUstanak



WIR, Kraft des Volkes



**Dr. Branimir
Nestorović**

Parteivorsitzender



**Branko
Lukić**

Klubobmann

MI - Snaga naroda (MI-SN) ist eine politische Bewegung unter der Führung des Arztes und Publizisten Branimir Nestorović.

Die Bewegung entstand infolge einer Spaltung innerhalb des ursprünglichen Bündnisses MI-GIN. Auslöser waren interne Konflikte über die Führungsstruktur sowie politische Differenzen zwischen zentralen Akteuren. Insbesondere die Frage einer formellen Führungsrolle für Nestorović sowie Auseinandersetzungen zwischen führenden Mitgliedern führten schließlich zur Abspaltung einer eigenen Fraktion.

Ursprünglich trat die neue Gruppierung unter dem Namen „Pravi Mi — Glas iz naroda“ auf, bevor sie sich als eigenständige politische Bewegung unter dem heutigen Namen etablierte. Inhaltlich knüpft MI-SN an zentrale Themen ihres Vorgängers an und richtet sich an Wähler, die eine Alternative zu etablierten Parteien suchen.

Die Bewegung positioniert sich mit Fokus auf nationale Interessen, gesellschaftliche Stabilität und eine stärkere Ausrichtung an den Anliegen der Bevölkerung. Dabei betont sie ihre Unabhängigkeit von bestehenden politischen Strukturen und tritt mit dem Anspruch auf, eine neue Form politischer Organisation und Repräsentation zu etablieren.

Abgeordnete: 5

Gründungsjahr: 2024

**Politische
Ausrichtung:** Rechts



www.mi-snaganaroda.rs



<https://www.facebook.com/people/MI-Snaga-Naroda-prof-dr-Branimir-Nestorovic/61556694486630/>



x.com/mi_snaga_naroda



Bewegung zur Wiederherstellung des Königreichs Serbien



**Vojislav
Mihailović**

Parteivorsitzender
und Klubobmann

Der Pokret obnove Kraljevine Srbije (POKS) ist eine monarchistische und nationalkonservative Partei, die 2017 aus einer Abspaltung des Srpski pokret obnove hervorgegangen ist. An der Spitze der Partei steht Vojislav Mihailović, dessen Führungsanspruch nach internen Konflikten 2022 gerichtlich bestätigt wurde.

Historisch knüpft POKS an die monarchistische und konservative Tradition in Serbien an und versteht sich als politischer Vertreter dieser Strömung. Seit ihrer Gründung war die Partei sowohl eigenständig als auch in verschiedenen Bündnissen aktiv.

Ideologisch positioniert sich die Partei im rechten politischen Spektrum mit einem klaren Fokus auf die Wiederherstellung einer konstitutionellen parlamentarischen Monarchie in Serbien. Gleichzeitig betont sie die nationale Souveränität, territoriale Integrität sowie den Erhalt traditioneller gesellschaftlicher Werte, insbesondere Familie, Religion und kulturelles Erbe.

Programmatisch setzt sich der POKS für eine marktwirtschaftliche Entwicklung nach Vorbild entwickelter Volkswirtschaften ein, mit besonderem Augenmerk auf die Förderung der Landwirtschaft als strategischem Sektor. Darüber hinaus fordert die Partei eine stärkere Dezentralisierung und Regionalisierung des Staates, um eine ausgewogenere Entwicklung der Regionen zu ermöglichen.

In der Außenpolitik wird ein souveränitätsorientierter Ansatz verfolgt, der auf den Ausbau diplomatischer Beziehungen zu unterschiedlichen internationalen Partnern abzielt. Gleichzeitig zeigt sich die Partei zurückhaltend gegenüber einer vertieften europäischen Integration und vertritt eine eher euroskeptische Haltung.

Insgesamt versteht sich der POKS als politische Kraft, die traditionelle Werte mit staatspolitischen Konzepten verbindet und eine alternative institutionelle Ordnung in Form einer Monarchie für Serbien anstrebt.

Abgeordnete: 5*

* ursprünglich 6, von denen sich inzwischen einer einem anderen Parlamentsklubs angeschlossen hat

Gründungsjahr: 2017

Politische Ausrichtung:
Mitte-rechts /
Monarchistisch



www.poks.rs



[www.facebook.com/
PokretObnoveKraljevineSrbije](https://www.facebook.com/PokretObnoveKraljevineSrbije)



x.com/POKSSrbija



Vereinigte Gewerkschaften Serbiens / Arbeiterpartei



**Željko
Veselinović**

Parteivorsitzender
und Klubobmann

Gegründet im Jahr 2008 und geführt von Željko Veselinović, verbindet SLOGA gewerkschaftliche Interessenvertretung mit einem klaren politischen Anspruch.

Im Zentrum ihrer Tätigkeit stehen seit jeher Arbeits- und Sozialfragen. Die Gewerkschaftsbewegung organisiert Proteste, initiiert Kampagnen zu Arbeitsbedingungen und bringt Themen wie Mindestlohn, Pensionsniveau und Arbeitsrecht kontinuierlich in die öffentliche Debatte ein. Ideologisch ist sie im linken Spektrum verortet und tritt für eine stärkere Rolle des Staates beim Schutz von Arbeitnehmerrechten sowie für eine sozial ausgewogene Wirtschaftspolitik ein.

Über die Jahre entwickelte sich die Organisation schrittweise zu einem parlamentarisch präsenten Player, der auch in verschiedenen Oppositionsbündnissen mitwirkte. Gleichzeitig blieb der Anspruch bestehen, gewerkschaftliche Interessen unabhängig und sichtbar in die Politik einzubringen. Diese Linie

wurde 2024 weiter zugespitzt: Veselinović verließ gemeinsam mit mehreren Mitstreitern die Stranka slobode i pravde (SSP) und formierte einen eigenen Parlamentsklub.

Die Gründung der Radnička partija (Arbeiterpartei) ist aktuell im Gange und soll das politische Engagement institutionell bündeln und den Übergang zu einer klar strukturierten Partei vollziehen.

Abgeordnete: 5

Gründungsjahr: 2008

Politische Ausrichtung:
Links



www.sloga.org.rs
www.radnickapartija.rs



www.facebook.com/people/Radnicka-partija/61570032312772/



x.com/radnickapart



Monarchisten – Bewegung für das Königreich Serbien



**Mag. Vladimir
Jelić**

Ko-Parteivorsitzender



x.com/VladimirJelic

Monarhisti - Pokret za Kraljevinu Srbiju setzt sich für eine grundlegende Veränderung des politischen Systems in Serbien ein, mit dem Ziel, die konstitutionelle parlamentarische Monarchie wiederherzustellen. Im Zentrum ihres Programms steht die Vorstellung, an die historisch gewachsenestaatliche Kontinuität Serbiens anzuknüpfen, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Einführung eines sozialistischen Einparteiensystems unterbrochen wurde.

Die Bewegung argumentiert, dass Serbien über Jahrhunderte als Königreich organisiert war und in dieser Zeit zentrale Elemente wie Parlamentarismus und Verfassungsordnung entwickelt wurden. Diese Tradition betrachtet sie als Grundlage für eine moderne und demokratische Staatsführung. Die Wiedereinführung der Monarchie wird daher als Möglichkeit gesehen, politische Stabilität zu stärken und institutionelle Kontinuität wiederherzustellen.

Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Monarchen zu, der als Symbol nationaler Einheit und als Garant staatlicher Stabilität verstanden wird. In diesem Modell soll der König überparteilich agieren und zur Sicherung von Souveränität und territorialer Integrität beitragen.

Darüber hinaus verbindet die Bewegung ihre staatspolitischen Ziele mit einer außenpolitischen Perspektive, die auf eine stärkere Anbindung an entwickelte und einflussreiche Staaten abzielt, insbesondere an monarchisch geprägte Länder sowie traditionelle Partner wie Frankreich oder Russland.

Insgesamt verstehe sich die Monarchisten als politischer Akteur, der historische Tradition mit einem modernen Staatsmodell verbinden will und die Monarchie als stabilisierendes Element für die zukünftige Entwicklung Serbiens betrachtet.

Abgeordnete: 3*

*gemeinsamer Parlamentsklub mit NDSS

Gründungsjahr: 2025

Politische Ausrichtung:

Mitte-rechts /
Monarchistisch



www.zakraljevinusrbiju.rs



Bewegung freier Bürger



**Pavle
Grbović**

Parteivorsitzender
und Klubobmann



x.com/PavleGrbovic

Der Pokret slobodnih gradana (PSG) ist eine liberale Partei, die 2017 nach der Präsidentschaftskandidatur von Saša Janković gegründet wurde. Janković, zuvor Ombudsmann, profilierte sich als Oppositionsfigur und erreichte bei den Wahlen 16,3 Prozent sowie den zweiten Platz. Aus seinem Unterstützernetzwerk entstand der PSG als eigenständige politische Organisation.

Zu den Gründungsmitgliedern zählten zahlreiche Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und öffentlichem Leben, was der Partei zunächst eine breite gesellschaftliche Basis verschaffte. Gleichzeitig war sie von Beginn an von internen Umbrüchen geprägt. 2019 übernahm der Schauspieler Sergej Trifunović den Parteivorsitz, nachdem Janković zurückgetreten war.

Programmatisch vertritt der PSG einen liberalen Ansatz mit Fokus auf Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen und individuelle

Freiheiten. Wirtschaftspolitisch verbindet die Partei marktwirtschaftliche Prinzipien mit sozialpolitischen Elementen im Sinne eines sozialen Liberalismus.

Außenpolitisch verfolgt der PSG eine klar proeuropäische Linie und befürwortet die Integration Serbiens in die Europäische Union. Zudem ist die Partei in regionalen und europäischen liberalen Netzwerken aktiv und versteht sich als Teil eines breiteren liberal-demokratischen Spektrums.

Politisch beteiligte sich der PSG an verschiedenen Oppositionsinitiativen und unterstützte Protestbewegungen gegen die Regierung. Die Partei positioniert sich als reformorientierte Kraft, die institutionelle Veränderungen, demokratische Standards und eine stärkere Einbindung Serbiens in europäische Strukturen anstrebt.

Abgeordnete: 3*

* gemeinsamer Parlamentsklub mit SDA und PDD

Gründungsjahr: 2017

Politische Ausrichtung:
Liberal



www.pokretslobodnih.rs



www.facebook.com/pokretslobodnih/



x.com/pokretslobodnih



Das neue Gesicht Serbiens



**Miloš
Parandilović**
Parteivorsitzender



x.com/ParandilovicNLS

Die 2022 gegründete Partei Novo lice Srbije (NLS) wird von Miloš Parandilović geführt. Sie entstand im Umfeld innerer Konflikte innerhalb der POKS, aus dem Parandilović hervorging.

Ideologisch ist die Partei im rechten Zentrum angesiedelt und verbindet konservative Positionen mit einer monarchistischen Ausrichtung. Sie tritt für traditionelle gesellschaftliche Werte, nationale Souveränität sowie eine stärkere Rolle staatlicher Institutionen ein. Gleichzeitig betont sie Themen wie die Förderung der Landwirtschaft, soziale Fragen sowie die politische Einbindung jüngerer Generationen.

Seit ihrer Gründung hat sich die NLS schrittweise organisatorisch gefestigt und verfügt über lokale Strukturen in mehreren Städten und Gemeinden. Politisch suchte die Partei früh die Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsakteuren.

Im Jahr 2023 beteiligte sich die Partei an den landesweiten Protesten gegen die Regierung und schloss sich der Oppositionskoalition „Serbien gegen Gewalt“ an, über die sie an den Parlaments- und Lokalwahlen teilnahm. Damit positionierte sie sich klar als Teil der breiteren Oppositionsbewegung.

Insgesamt versteht sich Novo lice Srbije als konservativ geprägte Reformkraft, die eine politische Alternative zu bestehenden Strukturen bieten und insbesondere Wähler ansprechen will, die eine Kombination aus nationaler Orientierung, institutioneller Stabilität und politischer Erneuerung suchen.

Abgeordnete: 2*

* gemeinsamer Parlamentsklub mit NPS

Gründungsjahr: 2022

Politische Ausrichtung:
Mitte-rechts



www.novolicesrbije.rs



www.facebook.com/novolicesrbije1



Partei der demokratischen Aktion des Sandžaks



**Dr. Sulejman
Ugljanin**

Parteivorsitzender



x.com/DrSulejmanU

Die Stranka demokratske akcije Sandžaka (SDAS) vertritt vor allem die Interessen der bosniakischen Bevölkerung in der Region Sandžak. Sie steht in politischer und historischer Verbindung zur SDA in Bosnien und Herzegowina mit Sitz in Sarajewo und versteht sich als Vertreterin nationaler und politischer Anliegen dieser Minderheit.

Gegründet wurde die Partei im Kontext der politischen Umbrüche Anfang der 1990er-Jahre, als sich ethnische und regionale Interessen im ehemaligen Jugoslawien neu formierten. In diesem Zusammenhang organisierte die SDAS 1991 ein Referendum über die Autonomie der Region, das jedoch nicht staatlich anerkannt wurde. Seither steht die Frage nach politischer Selbstverwaltung und regionalen Rechten im Zentrum ihrer politischen Agenda.

Programmatisch setzt sich die Partei für die Wahrung der kulturellen Identität, politische Gleichberechtigung sowie die

institutionellen Rechte der bosniakischen Bevölkerung ein. Dabei spielt insbesondere die Rolle des Sandžak als historisch gewachsene Region eine zentrale Bedeutung. Gleichzeitig engagiert sich die SDAS in politischen Institutionen auf nationaler und regionaler Ebene.

Auch im Bereich der Minderheitenvertretung ist die Partei aktiv. Bei den Wahlen zum Bosniakischen Nationalrat konnte sie mehrfach eine führende Rolle einnehmen und zählt dort zu den wichtigsten politischen Kräften. Insgesamt positioniert sich die SDAS als starke Stimme der bosniakischen Gemeinschaft in Serbien mit Fokus auf politische Repräsentation, kulturelle Rechte und regionale Interessen.

Abgeordnete: 2*

* gemeinsamer Parlamentsklub mit PSG und PDD

Gründungsjahr: 1990

Politische Ausrichtung:
Rechts / Minderheitenpartei



www.sda.rs



www.facebook.com/SDASandzaka.
Officialpage/



x.com/sdasandzaka



Partei für demokratisches Handeln



**Shaip
Kamberi**

Parteivorsitzender



x.com/shkamberi

Die Partija za demokratsko delovanje (PDD) vertritt die Interessen der albanischen Minderheit, die insbesondere im Preševo-Tal angesiedelt ist. An der Spitze der Partei steht Shaip Kamberi, der zugleich der einzige Mandatar der albanischen Gemeinschaft im serbischen Parlament ist.

Die Partei konzentriert sich programmatisch auf Fragen der politischen Repräsentation, der Minderheitenrechte sowie der institutionellen Gleichstellung der albanischen Bevölkerung. Dazu gehören Themen wie Bildung, Sprache, wirtschaftliche Entwicklung der Region und stärkere Einbindung in staatliche Strukturen.

Politisch ist die PDD regelmäßig im Parlament vertreten, wenn auch mit schwankender Mandatszahl. Nach einem Mandat bei den Wahlen 2016 konnte sie 2020 drei Sitze gewinnen, was als Folge einer verstärkten Mobilisierung der albanischen Wählerschaft gewertet wurde.

Bei den Wahlen 2023 fiel die Partei wieder auf ein Mandat zurück.

Insgesamt fungiert die PDD als zentrale politische Plattform der albanischen Minderheit in Südserbien und spielt eine wichtige Rolle bei der Artikulation regionaler und ethnischer Interessen im politischen System des Landes.

Abgeordnete: 1*

* gemeinsamer Parlamentsklub mit PSG und SDAS

Gründungsjahr: 1992

Politische Ausrichtung:
Rechts / Minderheitenpartei



www.pvdlugina.org



Russische Partei



**Slobodan
Nikolić**

Parteivorsitzender

Die Ruska stranka ist eine als Minderheitenpartei registrierte politische Organisation, die offiziell die russische nationale Minderheit vertritt, faktisch jedoch auch ein breiteres Spektrum prorussisch orientierter Wähler anspricht – überwiegend serbischer Herkunft. Parteivorsitzender ist Slobodan Nikolić, der zugleich in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit starkem Russland-Bezug aktiv ist.

Programmatisch positioniert sich die Partei klar außenpolitisch: Sie fordert einen Beitritt Serbiens zur Eurasischen Wirtschaftsunion sowie zu den BRICS-Staaten und spricht sich für eine Vollmitgliedschaft im Militärbündnis OVKS aus. Ergänzend setzt sie auf eine vertiefte Kooperation mit der Russischen Föderation in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Bildung.

Wahlpolitisch blieb die Partei lange marginal. Bei ihrem ersten eigenständigen Antreten auf nationaler Ebene im Jahr 2014 erreichte sie lediglich 0,19 Pro-

zent der Stimmen. Erst bei den Parlamentswahlen 2023 gelang der Einzug ins Parlament mit einem Mandat, begünstigt durch den Minderheitenstatus und eine Listenkooperation mit kleineren Organisationen. Parallel dazu konnte die Partei auch auf Provinzebene in der Vojvodina ein Mandat gewinnen.

Insgesamt bleibt die Ruska stranka eine politisch kleine, aber symbolisch aufgeladene Kraft im serbischen Parteiensystem, die vor allem als institutionalisierter Ausdruck prorussischer Positionen und geopolitischer Alternativorientierungen jenseits der EU wahrgenommen wird.

Abgeordnete: 1*

* gemeinsamer Parlamentsklub mit POKS

Gründungsjahr: 2013

Politische Ausrichtung:
Rechts / Minderheitenpartei



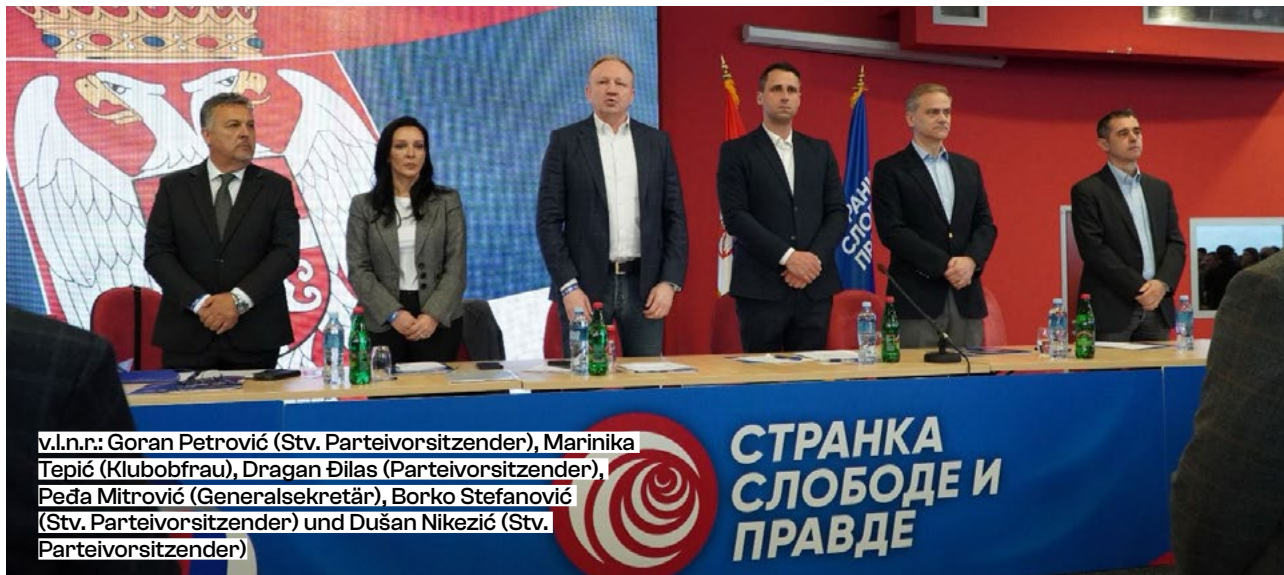
www.ruskastranka.rs



www.facebook.com/RuskastrankaSrbija

DER AUFSTIEG DER SSP

Vom Außenseiter zur führenden Kraft der Opposition



v.l.n.r.: Goran Petrović (Stv. Parteivorsitzender), Marinika Tepić (Klubobfrau), Dragan Đilas (Parteivorsitzender), Peđa Mitrović (Generalsekretär), Borko Stefanović (Stv. Parteivorsitzender) und Dušan Nikezić (Stv. Parteivorsitzender)

Foto: Copyright Facebook SSP

Lange Zeit schien die politische Landschaft Serbiens klar geordnet. Auf der einen Seite ein dominantes Machtzentrum, das Institutionen, Medien und politische Dynamiken kontrolliert. Auf der anderen Seite eine zersplitterte Opposition, die sich in internen Konflikten verlor, strategisch uneinheitlich agierte und es kaum schaffte, über punktuelle Mobilisierung hinaus Wirkung zu entfalten. In diesem Umfeld wirkte der Aufstieg der Stranka slobode i pravde (SSP) zunächst wie eine Randerscheinung – ein weiteres Projekt in einer ohnehin überladenen Oppositionslandschaft. Heute ist sie faktisch zur zentralen Oppositionskraft geworden. Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Reihe strategischer Entscheidungen, die im Kontext des politischen Systems Serbiens bemerkenswert präzise gesetzt wurden.

Opposition als strukturelles Defizit

Um die Entwicklung der SSP zu verstehen, muss man die strukturellen Rahmenbedingungen betrachten, unter denen Opposition in Serbien überhaupt funktioniert. Es handelt sich nicht um einen klassischen Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition auf Augenhöhe, sondern um ein System mit asymmetrischen

Machtverhältnissen. Der Zugang zu Medien ist ungleich verteilt, institutionelle Hebel sind politisiert, und politische Prozesse verlaufen oft entlang informeller Machtstrukturen.

In einem solchen Umfeld scheitern viele Oppositionsprojekte nicht an mangelnder politischer Substanz, sondern an der Unfähigkeit, unter diesen Bedingungen dauerhaft handlungsfähig zu bleiben. Fragmentierung, kurzfristige Allianzen und strategische Inkonsistenz sind die Regel. Genau hier setzt die Besonderheit der SSP an.

Strategische Klarheit statt taktischer Zersplitterung

Einer der zentralen Faktoren für den Aufstieg der SSP ist ihre vergleichsweise klare strategische Positionierung. Während andere Oppositionsakteure zwischen Boykott, Teilnahme, Protest und institutioneller Mitarbeit schwankten, hat die SSP früh versucht, eine erkennbare Linie zu entwickeln – auch um den Preis interner Spannungen und externer Kritik.

Diese Klarheit ist weniger ideologischer Natur als vielmehr funktional. Die Partei hat verstanden, dass in einem hochgradig kontrollierten politischen System nicht die Vielfalt an Posi-

tionen den Ausschlag gibt, sondern die Fähigkeit, als verlässlicher Akteur wahrgenommen zu werden. Verlässlichkeit wird dabei selbst zu politischem Kapital.

Organisation als unterschätzter Faktor

Ein zweiter, oft unterschätzter Aspekt ist die organisatorische Dimension. Die SSP hat es geschafft, eine vergleichsweise stabile Parteistruktur aufzubauen – mit lokalen Netzwerken, klaren Verantwortlichkeiten und einer gewissen Disziplin in der internen Kommunikation. Das klingt banal, ist im serbischen Oppositionskontext jedoch alles andere als selbstverständlich.

Viele Oppositionsbewegungen entstehen rund um einzelne Persönlichkeiten oder kurzfristige Mobilisierungsmomente. Die SSP hingegen hat gezielt in Struktur investiert. Das ermöglicht Kontinuität, auch wenn politische Rahmenbedingungen sich verändern oder Druck von außen zunimmt.

Konfliktfähigkeit im Dauerstressmodus

Opposition im heutigen Serbien bedeutet, permanent unter Druck zu stehen – politisch, medial und teilweise auch persönlich. Die SSP hat sich in diesem Umfeld

als konfliktfähig erwiesen. Das betrifft sowohl den Umgang mit Angriffen von außen als auch interne Auseinandersetzungen.

Anstatt Konflikte zu vermeiden, wurden sie oft offensiv geführt. Das hat der Partei ein Profil gegeben, das über klassische Oppositionsrhetorik hinausgeht. Konflikt wird nicht nur als Risiko, sondern auch als Mittel zur Positionierung verstanden. In einem polarisierten System kann genau das ein Vorteil sein.

Die Rolle der politischen Kommunikation

Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Kommunikationsstrategie. Die SSP hat früh erkannt, dass klassische Medienkanäle nur begrenzt zugänglich sind und daher alternative Wege notwendig sind, um Sichtbarkeit zu erzeugen. Digitale Kanäle, direkte Ansprache und gezielte Themenkampagnen spielen eine zentrale Rolle.

Dabei geht es weniger um Reichweite im klassischen Sinne, sondern um die gezielte Ansprache politisch relevanter Zielgruppen. Kommunikation wird nicht als Begleiterscheinung von Politik verstanden, sondern als integraler Bestandteil politischer Strategie.

Positionierung im Oppositionsspektrum

Die SSP hat sich im Laufe der Zeit als eine Art Referenzpunkt innerhalb der Opposition etabliert. Das bedeutet nicht, dass sie unangefochten ist oder alle anderen Akteure integriert. Im Gegenteil: Das Oppositionsspektrum bleibt fragmentiert. Doch die SSP fungiert zunehmend als Akteur, an dem sich andere orientieren müssen – sei es in Kooperation oder in Abgrenzung.

Diese Rolle entsteht nicht durch formale Führungsansprüche, sondern durch faktische Präsenz. Wer dauerhaft sichtbar

ist, strukturiert und strategisch handelt, wird automatisch zum Bezugspunkt.

Balance zwischen Protest und Institution

Eine der größten Herausforderungen für jede Oppositionspartei in Serbien ist die Balance zwischen außerinstitutionellem Protest und institutioneller Politik. Die SSP hat versucht, beides miteinander zu verbinden. Sie beteiligt sich an Protestbewegungen, ohne sich vollständig in ihnen aufzulösen, und nutzt gleichzeitig institutionelle Möglichkeiten, wo sie vorhanden sind.

Diese Doppelstrategie ist riskant, weil sie leicht zu Widersprüchen führen kann. Gleichzeitig ist sie notwendig, um in einem hybriden System überhaupt handlungsfähig zu bleiben. Die SSP scheint diese Balance bisher besser zu meistern als viele andere Akteure.

Umgang mit dem Machtzentrum

Ein oft unterschätzter Punkt ist der indirekte Einfluss des dominanten politischen Akteurs auf die Formierung der Opposition. Das System selbst produziert gewissermaßen die Bedingungen, unter denen Opposition funktioniert oder scheitert. Die SSP hat gelernt, innerhalb dieses Rahmens zu operieren, ohne sich vollständig davon bestimmen zu lassen.

Das bedeutet auch, dass sie sich nicht ausschließlich über Opposition zum Machtzentrum definiert, sondern versucht, eigene Themen und Narrative zu setzen. Dieser Ansatz ist entscheidend, um nicht in eine reine Reaktionslogik zu verfallen.

Die Bedeutung von Ausdauer

Politische Prozesse in Serbien verlaufen selten linear. Phasen hoher Mobilisierung wechseln sich mit Phasen relativer Stag-

nation ab. Viele Oppositionsprojekte scheitern daran, dass sie nur auf den Moment setzen. Die SSP hingegen hat eine gewisse Ausdauer entwickelt.

Diese Ausdauer ist kein spektakulärer Faktor, aber ein entscheidender. Sie ermöglicht es, Rückschläge zu absorbieren und langfristig präsent zu bleiben. In einem System, das auf Ermüdung der Opposition setzt, ist genau das ein strategischer Vorteil.

Grenzen und offene Fragen

Trotz ihres Aufstiegs bleibt die SSP mit strukturellen Grenzen konfrontiert. Die Frage, inwieweit sie über ihre bisherigen Kernmilieus hinaus wachsen kann, ist offen. Ebenso stellt sich die Frage nach der langfristigen strategischen Perspektive: Geht es primär um Machtübernahme, um Systemveränderung oder um beides?

Auch die interne Dynamik wird entscheidend sein. Je stärker eine Partei wird, desto größer werden die Erwartungen und desto komplexer werden die internen Entscheidungsprozesse. Die Fähigkeit, diese Komplexität zu managen, wird über die nächste Phase ihrer Entwicklung entscheiden.

Ein Systemtest für die Opposition

Der Aufstieg der SSP ist mehr als die Geschichte einer einzelnen Partei. Er ist ein Indikator dafür, dass Opposition auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig sein kann – wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllt: strategische Klarheit, organisatorische Stabilität, kommunikative Anpassungsfähigkeit und politische Ausdauer.

Gleichzeitig zeigt dieser Aufstieg die Grenzen des Systems selbst auf. Denn eine Opposition, die trotz struktureller Nachteile an Gewicht gewinnt, verändert zwangsläufig die Dynamik des politischen Wettbewerbs. Ob daraus tatsächlich eine Verschiebung der Machtverhältnisse entsteht, ist offen. Sicher ist nur: Die SSP hat sich aus der Rolle des Underdogs herausgelöst und ist zu einem Faktor geworden, den das System nicht mehr ignorieren kann.



Für Anfragen oder eine direkte Kontaktaufnahme mit der SSP steht der Internationale Sekretär Konstantin Samofalov als Ansprechpartner (Englisch) gerne per Mail an konstantin.samofalov@ssp.rs zur Verfügung.

SSP-PARTEICHEF DRAGAN ĐILAS IM INTERVIEW

„Für uns stehen nicht die eigenen Umfragewerte im Fokus, sondern der politische Wechsel und das Ende des derzeitigen, aus unserer Sicht kriminellen und antieuropäischen Regierungssystems“

Wie ist die interne Struktur der SSP organisiert – wie werden zentrale politische und programmatische Entscheidungen getroffen und welchen Einfluss haben die Mitglieder dabei?

Die wichtigsten Entscheidungen trifft der Hauptausschuss, der in der Regel alle drei Monate tagt. In der Zwischenzeit liegen die Entscheidungsbefugnisse beim Präsidium und beim Parteivorsitzenden. Die Ortsorganisationen verfügen über vollständige Autonomie, insbesondere bei Entscheidungen im Zusammenhang mit Kommunalwahlen.

Wie viele Mitglieder zählt Ihre Partei derzeit und wie ist deren berufliche und soziale Zusammensetzung?

Wir haben rund 11.000 Mitglieder. Darunter befinden sich viele Personen mit höherer Bildung, und unsere stärkste Basis liegt in den großen Städten.

Wie finanziert sich die SSP und wie sichern Sie die Mittel für Ihre politische Arbeit und Wahlkampagnen?

Die Finanzierung erfolgt ausschließlich über staatliche Mittel, die sich nach der Anzahl der Parlamentsabgeordneten richten. Als größte Oppositionsfraktion erhalten wir für unsere 16 Mandate monatlich etwa 100.000 Euro. Zwar sind laut Gesetz auch Spenden von Unternehmen und Privatpersonen zulässig, de facto wagt dies jedoch niemand, da man sofort mit massiven Reaktionen des Staatsapparats rechnen müsste.



Dragan Đilas – Vom Bürgermeister von Belgrad zum Oppositionsführer

Mit welchen politischen und organisatorischen Herausforderungen ist die SSP als größte Oppositionspartei konfrontiert?

Führende Vertreter unserer Partei wurden wiederholt Ziel massiver Gewalt. Der stellvertretende Parteivorsitzende Borko Stefanović und Generalsekretär Peda Mitrović wurden mit Metallstangen angegriffen. Ich selbst wurde auf offener Straße von etwa zehn Aktivisten der SNS attackiert, geschlagen, zu Boden geworfen und getreten.

Marinika Tepić (Slika) konnte die Polizei in ihrer Heimatstadt Pančevo keine ausreichende Sicherheit garantieren, weshalb sie nach Novi Sad umzog. Parteimitglieder sehen sich mit Brandanschlägen auf ihre Autos konfrontiert, verlieren ihre Arbeitsplätze

oder werden aus leitenden Positionen in Krankenhäusern und Schulen entfernt, obwohl sie diese jahrelang innehatten. In Zentralserbien werden sogar Kinder von Parteimitgliedern aus Kindergärten ausgeschlossen.

Vor drei Jahren wurden Restaurants und Cafés, die wir besuchten, anschließend von den Behörden geschlossen. Um Betreiber nicht zu gefährden, haben wir uns gezwungen gesehen, ausschließlich an Tankstellen einzukehren.

In den vergangenen drei Jahren war kein führender Vertreter unserer Partei im staatlichen Fernsehen RTS präsent, in privaten Sendern sogar noch länger nicht. Gleichzeitig ist Aleksandar Vučić an über 350 Tagen im Jahr auf einem oder mehreren Fernsehsendern jeweils mehr als eine halbe Stunde zu sehen.

Obwohl uns gesetzlich ein Anspruch darauf zusteht, verweigern Städte und Gemeinden die Bereitstellung von Räumlichkeiten zu vergünstigten Konditionen für unsere Ortsorganisationen, und auch private Vermieter scheuen sich aus Angst vor Konsequenzen, uns Räume zur Verfügung zu stellen. Selbst in Belgrad ist es fast unmöglich, einen Ort für Sitzungen des Hauptausschusses zu finden.

Und das sind nur einige Beispiele, die Liste ist sehr lang.

Wie begegnen Sie dem Vorwurf, die SSP sei vor allem ein politisches Projekt zur Ablösung der Regierung ohne ideologische Substanz?

Wir halten diesen Vorwurf für unbegründet. Die SSP ist programmatisch klar positioniert, was sich sowohl in unserem Parteiprogramm als auch im Konzept „Serbien in der EU 2030“ widerspiegelt.

Wie ordnen Sie die Rolle der SSP innerhalb der Opposition ein – als führende Kraft, als Partner oder als Teil einer breiteren Plattform?

Die SSP ist laut allen relevanten Umfragen seit Jahren die stärkste Oppositionspartei. Dennoch haben wir diesen Anspruch nie in den Vordergrund gestellt. Im Gegenteil: Wir haben uns wiederholt zugunsten einer möglichst breiten Oppositionsallianz zurückgenommen. Für uns stehen nicht die eigenen Umfragewerte im Fokus, sondern der politische Wechsel und das Ende des derzeitigen, aus unserer Sicht kriminellen und antieuropäischen Regierungssystems.

Sie haben kürzlich das eben erwähnte Programm „Serbien in der EU 2030“ vorgestellt. Welche zentralen Inhalte umfasst dieses Konzept?

Das Programm enthält eine Vielzahl konkreter Maßnahmen. Dazu gehört ein klarer Zeitplan für den EU-Beitritt bis 2030. Vorgesehen sind unter anderem eine konsequente Bekämpfung der Korruption durch die Einrichtung eines Sonderstaatsanwalts mit eigener Ermittlungspolizei, ein Gesetz zur Überprüfung der Vermögensherkunft sowie ein nationaler Fonds zur Rückführung unrechtmäßig erworbener Gelder.

Wer ist Dragan Đilas?

Dragan Đilas zählt zu den bekanntesten und zugleich umstrittensten Figuren der serbischen Politik. Als Vorsitzender der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Stranka slobode i pravde, SSP) steht er heute an der Spitze einer zentralen Oppositionsbewegung gegen das politische System von Präsident Aleksandar Vučić. Seine politische Laufbahn reicht jedoch deutlich weiter zurück und ist eng mit der post-milošević-Ära Serbiens verbunden.

Politisch sozialisiert wurde der 1967 in Belgrad geborene Đilas in der Demokratischen Partei (Demokratska stranka, DS), jener Kraft, die nach dem Jahr 2000 den proeuropäischen Reformkurs des Landes maßgeblich geprägt hat. Innerhalb der DS stieg er rasch auf und übernahm führende Funktionen, unter anderem als Minister ohne Geschäftsbereich sowie später als Bürgermeister von Belgrad in den Jahren 2008 bis 2013. In dieser Phase galt er als einer der einflussreichsten Politiker des damaligen Regierungslagers. Mit dem Machtverlust der Demokratischen Partei und dem Aufstieg der Serbischen Fortschrittspartei Srpska napredna stranka, SNS) begann für Đilas eine Phase politischer Neuorientierung. Nach einem vorübergehenden Rückzug kehrte er 2019 mit der Gründung der SSP auf die politische Bühne zurück und positionierte sich seither als einer der schärfsten Kritiker der aktuellen Machtverhältnisse in Serbien.

Sein politisches Profil ist klar proeuropäisch, kombiniert mit einer starken Fokussierung auf Themen wie Korruptionsbekämpfung, institutionelle Reformen und Medienfreiheit. Gleichzeitig bleibt Đilas eine polarisierende Persönlichkeit. Für seine Unterstützer verkörpert er Erfahrung, Durchsetzungsfähigkeit und internationale Vernetzung. Für seine Gegner steht er hingegen für Kontinuitäten eines früheren politischen Establishments, das von Teilen der Bevölkerung kritisch gesehen wird.

Innerhalb der zersplitterten Opposition nimmt Đilas dennoch eine Schlüsselrolle ein. Er gehört zu den wenigen Akteuren, die sowohl über organisatorische Ressourcen als auch über politische Erfahrung verfügen, um unterschiedliche Kräfte zumindest zeitweise zusammenzuführen.

Darüber hinaus sieht das Programm ein neues Arbeitsgesetz vor, ein Verbot sozialer Netzwerke für Kinder unter 16 Jahren, strengere Regulierung von Wettbüros, ein Exportverbot für unverarbeitete Rohstoffe wie Holz und Erze sowie deutliche Gehaltserhöhungen im Gesundheits- und Bildungssektor. Ergänzt wird dies durch zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft.

Wie gestaltet sich die internationale Zusammenarbeit der SSP mit ideologisch nahestehenden Parteien, insbesondere in Österreich, Deutschland und der Schweiz, sowie mit Partnern im Westbalkan?

Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei

Österreichs (SPÖ) ist sehr gut und war entscheidend für unseren Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Die Vertreter der SPÖ sind eine große Unterstützung für Serbien auf dem Weg in die EU. Andreas Schieder (SPÖ-EU-Delegationsleiter, Anm. d. Red.) und Stefan Schennach (Bundesrat a.D. und österreichischer Delegierter in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates a.D., Anm. d. Red.) spielten zudem eine wichtige Rolle bei der zutage Förderung der Wahrheit über die Parlamentswahlen 2023. Leider besteht mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) hingegen bislang kein vergleichbares Niveau der Zusammenarbeit.

DEKLARATION ZUR VERSÖHNUNG DES SERBISCHEN UND ALBANISCHEN VOLKES

Ein seltener Versuch, die Kosovo-Frage neu zu denken

Im Mai 2019 stellte die Stranka slobode i pravde (SSP) ein politisches Dokument vor, das in der serbischen Parteienlandschaft bis heute eine Ausnahme darstellt: Die Deklaration zur Versöhnung des serbischen und albanischen Volkes“ (Deklaracija o pomirenju srpskog i albanskog naroda). Der Text formuliert erstmals einen systematischen, lösungsorientierten Ansatz einer führenden serbischen Oppositionspartei zur Kosovo-Frage.

Damit betrat die SSP politisches Terrain, das in Serbien traditionell gemieden wird.

Im Zentrum der Deklaration steht eine klare Diagnose. Weder der bestehende Status quo noch radikale Lösungen wie territoriale Abgrenzungen führen zu Stabilität. Vielmehr würden solche Ansätze neue Konflikte erzeugen und bestehende Spannungen verschärfen.

Stattdessen setzt die SSP auf einen langfristigen Prozess der Normalisierung, der nicht bei Statusfragen beginnt, sondern bei konkreten Lebensrealitäten. Dieser Perspektivwechsel ist entscheidend. Die Deklaration verschiebt den Fokus von nationalen Maximalforderungen hin zu praktischer Zusammenarbeit und gesellschaftlicher Entflechtung.

Kern des Dokuments ist ein Katalog konkreter Maßnahmen, die in mehreren Protokollen gebündelt sind.

Dazu zählen:

- Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, einschließlich der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen
- volle Bewegungsfreiheit für Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen
- systematische Lösung offener Eigentumsfragen
- wirtschaftliche Integration und Schaffung eines gemeinsamen Marktraums



- Kooperation in Bildung, Kultur, Medien und Gesundheitswesen

Die Deklaration kritisiert ausdrücklich den bisherigen Dialogprozess zwischen Belgrad und Priština als von politischen Interessen gesteuert und fordert stattdessen einen breiter angelegten gesellschaftlichen Dialog.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die offene Kritik an den herrschenden politischen Strukturen auf beiden Seiten. Die SSP argumentiert, dass die Machthaber auf beiden Seiten von ungelösten Konflikten profitieren und daher kein echtes Interesse an einer nachhaltigen Lösung haben.

Diese Sichtweise stellt nicht nur die Regierung in Belgrad infrage, sondern adressiert auch die politische Klasse in Priština sowie Teile der internationalen Gemeinschaft.

Damit wird der Kosovo-Konflikt als ein System gegenseitiger Blockaden beschrieben, das durch politische und wirtschaftliche Interessen stabilisiert wird.

Gerade im innenpolitischen Kontext Serbiens ist die Bedeutung dieses Dokuments nicht zu unterschätzen. Die Deklaration vermeidet bewusst eindeutige Aussagen zur Statusfrage, betont jedoch die Notwendigkeit eines

„gemeinsamen Verständnisses“ und gegenseitigen Respekts unterschiedlicher Positionen.

In einem politischen Umfeld, in dem bereits die Andeutung von Kompromissbereitschaft schnell als Verrat am eigenen Volk interpretiert wird, stellt ein solcher Ansatz ein erhebliches politisches Risiko dar.

Die SSP hat damit eine strategische Entscheidung getroffen: weg von populistischen Narrativen, hin zu einer langfristig orientierten Konfliktlösung – wohl wissend, dass dies kurzfristig kaum mobilisierungsfähig ist.

Gerade deshalb kommt der Deklaration heute ein besonderer Stellenwert zu. Lösungsorientierte, strukturierte Ansätze zur Kosovo-Frage sind in der serbischen Politik sehr selten. Die Debatte wird weiterhin von symbolischen Positionierungen, innenpolitischer Instrumentalisierung und kurzfristigen Machtkalkülen dominiert.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Deklaration wie ein Gegenentwurf. Ein Versuch, die Diskussion aus der Sackgasse ideologischer Frontstellungen zu führen und auf eine sachliche Ebene zurückzuholen.

Die Deklaration ist auf serbisch und albanisch auf der Webseite der SSP abrufbar.

Foto: Copyright SSP

Dieses Adveitorial wurde im Rahmen einer bezahlten Kooperation erstellt.

„KLARE WESTBINDUNG“

SSP präsentiert Fahrplan für Serbiens EU-Beitritt bis 2030

Am 22. März 2026 verabschiedete die SSP mit breiter Mehrheit die Deklaration „Serbien in der Europäischen Union bis 2030“. Das Dokument versteht sich als programmatische Grundsatzklärung für einen klar proeuropäischen Kurs Serbiens und markiert zugleich eine scharfe Abgrenzung zur aktuellen Politik von Staatspräsident Aleksandar Vučić.

Die SSP bezeichnet darin den EU-Beitritt Serbiens bis 2030 als „höchstes Staatsinteresse“, das Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und einen höheren Lebensstandard garantieren soll. Zugleich wirft die Partei der aktuellen Staatsführung vor, den europäischen Integrationsprozess de facto blockiert zu haben. In der Erklärung heißt es, Serbiens europäischer Weg sei „praktisch zum Stillstand gekommen“, da in den vergangenen fünf Jahren kein einziges neues Verhandlungskapitel eröffnet worden sei. Vučić versuche stattdessen, „alternative Formen der Beziehungen zur EU“ ins Spiel zu bringen, um das Scheitern seiner Politik zu kaschieren.

Die Deklaration ist nicht nur eine politische Standortbestimmung, sondern enthält auch einen konkreten Maßnahmenplan für die ersten Jahre nach einem möglichen Machtwechsel. So fordert die Partei eine „vollständige Angleichung an die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, einschließlich der gemeinsamen Haltung gegenüber Russland“. Gleichzeitig soll die „anti-europäische und antiwestliche Kampagne“ der derzeitigen SNS-SPS-Regierung beendet werden.

Im innenpolitischen Bereich kündigt die SSP umfassende institutionelle Reformen an. Bereits im ersten Regierungsjahr soll unter anderem eine Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung hochrangiger Korruption geschaffen werden. Vorgesehen sind zudem eine unabhängige



Copyright SSP



Copyright SSP

Justiz, ein Gesetz zur Herkunft von Vermögen inklusive Beschlagnahmung nicht erklärbarer Vermögenswerte sowie eine Reform des Wahlprozesses mit gleichen Bedingungen für alle politischen Akteure.

Darüber hinaus betont die SSP ihre Bereitschaft, die europäischen Reformauflagen vollständig umzusetzen. Die Partei kündigt die Bildung eines Expertenteams für den EU-Beitritt an und erklärt ausdrücklich, dass „wirtschaftliche oder finanzielle Arrangements“ keine Alternative zur Erfüllung europäischer Grundprinzipien darstellen könnten.

Bemerkenswert ist auch eine

Passage, in der sich die SSP bereit erklärt, nach einem EU-Beitritt zeitlich befristet auf das Vetorecht Serbiens zu verzichten, um die vollständige Integration in die Union zu beschleunigen.

Die englischsprachige Version der Deklaration können Sie unter dem nachstehenden Link downloaden:



www.ssp.rs/wp-content/uploads/2026/03/Deklaration-Serbia-in-the-EU.pdf

Westbalkan Briefing

Die meisten reden über
den Westbalkan.

Wir sagen Ihnen,
was wirklich läuft.

Während andere Schlagzeilen wiederholen,
liefern wir Relevanz.

Unser wöchentlicher Westbalkan Briefing Newsletter
gibt Ihnen einen klaren Überblick über die
wichtigsten Entwicklungen in der Region.

Wer glaubt ausreichend informiert zu sein,
braucht uns nicht.

Wer Entscheidungen trifft, schon.



Jetzt kostenlos per Mail an
newsletter@westbalkan.at
anmelden - oder weiter im Blindflug bleiben.

Beim Westbalkan Briefing Newsletter handelt es sich um ein kostenloses Informationsangebot. Der Newsletter gewährt keinen Zugriff auf die vollständige Westbalkan Briefing Plattform sowie dessen Inhalte und Leistungen.

5 FRAGEN AN DIE PARTEIVORSITZENDEN

Positionen, Strategien und Bruchlinien



Maja Marković

Stv. Chefredakteurin
mm@westbalkan.at

Wir haben die Vorsitzenden der relevantesten Oppositionsparteien zu Interviews eingeladen. Ziel war es, ihre Positionen zu zentralen politischen Fragen in einem einheitlichen Format vergleichbar zu machen. Dafür wurden ihnen fünf identische Fragen vorgelegt, die Themen der innen- und außenpolitischen Ausrichtung abdecken.

Nicht alle Angefragten haben sich beteiligt. Keine Stellungnahme übermittelten der Vorsitzende der Demokratischen Partei (DS), Srđan Milivojević, die Vorsitzenden des Zeleno-levi front (ZLF), Biljana Đorđević und Radomir Lazović, einer der Vorsitzenden von MI – Glas iz naroda (MI-GIN), Branko Pavlović, sowie der Vorsitzende von MI – Snaga naroda (MI-SN), Branislav Nestorović.

Der Vorsitzende von Srbija centar (SRCE), Zdravko Ponoš, zog die zunächst zur Veröffentlichung freigegebenen Antworten seines Stellvertreters Duško Lopandić kurzfristig zurück. Die Freigabe erfolgte erst nach Redaktionsschluss und konnte daher nicht mehr berücksichtigt werden.

Die vorliegenden Antworten* ermöglichen eine strukturierte Einordnung jener Parteien, die sich der direkten Vergleichbarkeit gestellt haben. Durch die einheitliche Fragestellung wird sichtbar, wie diese politischen Kräfte entscheidende Themen bewerten, welche Prioritäten sie setzen und in welchen Punkten sie voneinander abweichen. Gleichzeitig zeigt sich, wo Schnittmengen bestehen.

In dieser verdichteten Form entsteht ein Einblick in die programmatischen Positionen der parlamentarischen Opposition, der über punktuelle Einzelstatements hinausgeht und eine systematische Vergleichbarkeit herstellt.

*Die Antworten wurden sinngemäß aus dem Serbischen ins Deutsche übersetzt.

Westbalkan

1

Die Opposition ist seit Jahren politisch fragmentiert. Unter welchen Bedingungen wären Sie bereit, mit

anderen Oppositionsparteien enger zusammenzuarbeiten – etwa in Form gemeinsamer Wahllisten oder einer gemeinsamen Regierung – und wo sehen Sie klare politische Grenzen für eine solche Kooperation?

SSP

DRAGAN ĐILAS

Ich würde mich nicht vollständig mit Ihnen einverstanden erklären. Bereits 2018 hat die Opposition das Bündnis „Allianz für Serbien“ gebildet, das drei Jahre bestand und die Entscheidung zum Boykott der Wahlen 2020 traf. 2023 sind wir unter dem Namen „Serbien gegen Gewalt“ zu den Wahlen angetreten. Vučić hat über 30.000 Menschen nach Belgrad gebracht, um dort zu wählen, obwohl sie dort nicht leben. Er hat auch eine falsche Oppositionsgruppierung um den Verschwörungstheoretiker Branimir Nestorović gebildet, um unseren Sieg zu verhindern. Derzeit arbeitet die proeuropäische Opposition sehr gut zusammen, was Ergebnisse bringt. Ich glaube, dass sich diese Zusammenarbeit weiter verbessern wird.



NPS

MIROSLAV ALEKSIĆ

Die Haltung der Volksbewegung Serbiens ist klar: In der aktuellen Situation in Serbien sind wir überzeugt, dass wir die derzeitige Regierung

nur gemeinsam, in einem geschlossenen Bündnis, besiegen können. Diese Regierung hat die Institutionen vereinnahmt und verletzt Verfassung und Gesetze. Wir sehen uns mit kontrollierten Medien konfrontiert, mit politischem Druck auf Staatsanwaltschaft und Gerichte. Es entstehen parapolizeiliche Strukturen, Wahlen werden manipuliert, die Polizei dringt in das Rektorat sowie in die Räumlichkeiten unserer parlamentarischen Partei ein. Korruption untergräbt Staat und Gesellschaft. Für den Einsturz des Vordachs in Novi Sad, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen, wurde bis heute niemand zur Verantwortung gezogen. Das ist die Realität, in der wir leben. Unter solchen Umständen können wir uns nicht leisten, dass diejenigen, die für dieselben Ziele kämpfen, gegeneinander arbeiten oder Differenzen



in den Vordergrund stellen. Die Ergebnisse der jüngsten Kommunalwahlen zeigen klar, welcher Weg funktioniert: Dort, wo alle Akteure zusammengearbeitet haben und die Wähler eine klare Wahl hatten, erzielte die Opposition die besten Ergebnisse. Wir müssen in dieser Situation Verantwortung übernehmen und uns geschlossen, mit allen verfügbaren Mitteln, dem bestehenden Regime entgegenstellen. Ich habe immer vertreten, dass eine funktionale Zusammenarbeit in zentralen Fragen zwischen allen Oppositionskräften wichtiger ist als das Beharren auf formalen Koalitionen. Solange die Möglichkeit besteht, gemeinsam in einer breiten Front zu Wahlen anzutreten, sind wir bereit, daran zu arbeiten. Dazu gehören Parteien, Bewegungen, Bürgerinitiativen und die Studierendenbewegung – alle, die dasselbe Ziel verfolgen und für Rechtsstaatlichkeit und einen funktionierenden Staat eintreten.

SLOGA / RADNIČKA PARTIJA

ŽELJKO VESELINOVIĆ

Die Vereinigten Gewerkschaften Serbiens „Sloga“ und ich persönlich, als Präsident der Gewerkschaft, sind bereits seit vielen Jahren auf der politischen Oppositionsszene in Serbien präsent. Ich hatte die Gelegenheit zu sehen, dass eine Gewerkschaft kein gleichberechtigter Partner der Oppositionsparteien ist und es auch nicht sein kann, weil die Parteien das schlicht nicht akzeptieren. Deshalb haben wir mit der Gründung der Arbeiterpartei begonnen – der ersten echten linken Partei in Serbien. Wir haben einen sehr, sehr schwierigen Prozess der Sammlung von Unterschriften für die Parteigründung gestartet und uns dabei vor allem auf die Infrastruktur der Gewerkschaft „Sloga“ sowie auf die Unterschriften unserer Mitglieder gestützt. In diesen Tagen erwarten wir die Entscheidung über die Registrierung der Partei, und ich bin sehr stolz darauf, dass es uns – im Unterschied zu einem großen Teil der politischen Akteure in Serbien, sowohl aus der Regierung als auch aus der Opposition, die buchstäblich bereits fertige Parteien gekauft haben – gelungen ist, die Unterschriften trotz massiver Behinderungen, sowohl durch die Regierung als auch durch die Opposition, zu sammeln. Die Opposition ist, wie Sie richtig sagen, ziemlich fragmentiert und befindet sich in untereinander recht schlechten Beziehungen, die mal mehr, mal weniger sichtbar sind. Wir als jüngste Partei in Serbien wollen absolut und bedingungslos mit der Opposition zusammenarbeiten. Allerdings zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre, dass ein großer Teil der Oppositionsparteien jeden, der aus dem Umfeld einer dieser Parteien hervorgeht, sofort als Kollaborateur des Regimes, als eine Art „trojanisches Pferd“ und Ähnliches abstempelt – ohne jegliche Argumente. Der Grund dafür ist vor allem, dass sie keine Konkurrenz im Oppositionswählerlager wollen, denn zu meinem großen Bedauern habe ich – obwohl ich nie Mitglied einer politischen Partei war – gesehen, dass es vielen in der Opposition gar nicht darum geht, an die Macht zu kommen, sondern



darum, die stärkste Kraft innerhalb der Opposition zu sein. Ein großer Teil der Bevölkerung hat das durchschaut, weshalb die Opposition zunehmend das Vertrauen der Bürger verliert. Ständige Streitigkeiten, gefolgt von Versöhnungen von Wahl zu Wahl oder von Boykott zu Boykott, konnten kein Oppositionsbündnis auf Dauer stabil halten. Wir werden als Arbeiterpartei alles daransetzen, dass sich zumindest programmatisch und ideologisch gleiche oder ähnliche Parteien unter bestimmten Prinzipien und programmatischen Leitlinien zusammenschließen.



PSG

PAVLE GRBOVIĆ

Was die Zusammenarbeit betrifft, stellen wir niemals Bedingungen, sondern suchen Raum, damit sie umgesetzt werden kann – jedoch

ohne Schaden für den Kern der Politik der Bewegung freier Bürger. Wir sind absolut bereit, diese Zusammenarbeit zu intensivieren, und die Bildung einer gemeinsamen Wahlliste sehen wir als logische Konsequenz und als Höhepunkt der bisherigen gemeinsamen Arbeit. Das bedeutet weder ein Aufgehen in einer einzigen Organisation noch den Verzicht auf unsere Eigenständigkeit, da weiterhin gewisse Unterschiede bestehen, etwa in wirtschaftspolitischen Fragen. Die sogenannten roten Linien für eine Zusammenarbeit betreffen die europäischen Integrationen, die Achtung und den Schutz der Menschenrechte sowie eine Politik des Friedens in der Region. Über wirtschaftliche Modelle kann man diskutieren, aber es gibt keine Debatte darüber, ob Serbien seinen Platz in der EU oder bei den BRICS haben sollte, ebenso wenig darüber, ob und wessen Rechte verletzt werden dürfen. Ich denke, diese Grenzen sind klar genug gezogen und zugleich ausreichend breit, um ein funktionierendes Bündnis zu ermöglichen.

NDSS

MILOŠ JOVANOVIĆ

Es stimmt, dass die Opposition ziemlich fragmentiert ist. Allerdings war es der Opposition in den vergangenen Jahren äußerst erschwert zu agieren, und sie wurde nicht selten stärker kritisiert und verurteilt, als sie es tatsächlich verdient hat. Auf der anderen Seite wurden jene Momente weitgehend übergangen, in denen die Opposition verantwortungsvoll und geschlossen gehandelt hat – etwa als alle parlamentarischen Oppositionsparteien einen konkreten und qualitativ fundierten Vorschlag für eine Übergangsregierung vorgelegt haben, als Weg aus der tiefen gesellschaftlichen und politischen Krise, in der sich das Land befindet. Wenn von der Fragmentierung der Oppositionslandschaft die Rede ist, betrifft diese in erster Linie die Parteien mit proeuropäischer Ausrichtung. Im



rechten Teil des politischen Spektrums existiert innerhalb der Opposition im Wesentlichen nur die Neue Demokratische Partei Serbiens. Wir haben immer betont, dass wir zur Zusammenarbeit mit den übrigen Oppositionskräften bereit sind, und genau das haben wir auch kontinuierlich getan. Daran halten wir weiterhin fest und haben klar und deutlich erklärt, dass wir nach den Wahlen gemeinsam mit allen Oppositionsakteuren diese Regierung ablösen werden, da dies der einzige mögliche Weg ist. Diese neue Regierung – die einen technischen Charakter hätte – müsste aufgrund wesentlicher politischer Unterschiede zeitlich befristet sein. Dennoch ist es unabdingbar, dass es zu ihr kommt.

MONARHISTI – POKRET ZA KRALJEVINU SRBIJE VLADIMIR JELIĆ

Die MONARCHISTEN – Bewegung für das Königreich Serbien sind der Ansicht, dass die Zusammenarbeit der Opposition eine wichtige Voraussetzung für die

Demokratisierung des politischen Systems und die Normalisierung des politischen Lebens in Serbien ist. Wir sind der Meinung, dass es Raum für die Zusammenarbeit aller politischen Akteure gibt, die grundlegende demokratische Werte teilen, einschließlich freier und fairer Wahlen, unabhängiger Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und des Kampfes gegen Korruption. Wir sind offen für verschiedene Modelle der Zusammenarbeit, einschließlich programmatischer Koalitionen oder Vereinbarungen nach den Wahlen, sofern Einigkeit über zentrale Reformprioritäten besteht. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass politische Zusammenarbeit klare wertmäßige Rahmenbedingungen haben muss, insbesondere wenn es um den Schutz staatlicher und nationaler Interessen, der verfassungsmäßigen Ordnung und der politischen Stabilität des Landes geht.

EKOLOŠKI USTANAK

ALEKSANDAR JOVANOVIĆ

Der einzige Weg, wie die Opposition politisch überleben kann, ist, sich erneut zu vereinen. Im Jahr 2023 hat die vereinte Opposition „Serbien gegen Gewalt“ fast eine Million Stimmen gewonnen. Nach der Spaltung nach den Kommunalwahlen im Juni 2024 hat sich die Opposition buchstäblich „selbst ins Knie geschossen“ und anstatt eine Mehrheit in Belgrad zu gewinnen, ihren politischen Fortbestand infrage gestellt. Die Bewegung Ökologischer Aufstand hat mit aller Kraft versucht, diese Spaltung zu verhindern, ist darin jedoch leider gescheitert. Derzeit stellt die Studentenbewegung die stärkste Oppositionskraft dar, und ich wiederhole noch einmal: Wenn die Opposition auf der politischen Bühne bestehen will, muss sie sich vereinen.



2 Die Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina bleiben eine der zentralen politischen Fragen. Welche konkrete Strategie verfolgen Sie für die künftige Politik gegenüber Kosovo, und welche Rolle sollten dabei Dialog, internationale Vermittlung und mögliche Kompromisslösungen spielen? Ist Kosovo Serbien oder ein eigenständiger Staat?

SSP

DRAGAN ĐILAS

Für mich ist die Frage des EU-Beitritts Serbiens entscheidend, da sie Aspekte wie Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, einen höheren Lebensstandard, ein besseres Bildungs- und Gesundheitssystem sowie eine Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer und die Lösung offener Fragen in der Region umfasst. Die SSP hat bereits vor sechs Jahren eine „Resolution zur Versöhnung“ verabschiedet, die eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen dem serbischen und dem albanischen Volk vorgeschlagen hat. Leider wurde diese nicht angenommen. Kosovo entwickelt sich im Laufe der Zeit zunehmend zu einem ethnisch homogenen Gebiet, da viele Serben abwandern. Gleichzeitig geht ein großer Teil der internationalen Gemeinschaft weiterhin davon aus, dass eine Lösung erreicht werden kann, indem eine Seite alles erhält und die andere nichts. Die Geschichte zeigt jedoch, dass solche „Lösungen“ stets neue Konflikte nach sich ziehen.



NPS

MIROSLAV ALEKSIĆ

Der Status von Kosovo und Metochien ist durch die Verfassung der Republik Serbien festgelegt und kann daher nicht Gegenstand willkürlicher Auslegung sein.



Kosovo und Metochien wird eine wesentliche Autonomie garantiert, jedoch im Rahmen der Republik Serbien. Dabei sollte stets berücksichtigt werden, dass eines der grundlegenden Prinzipien, auf denen die Europäische Union beruht und entstanden ist, der Respekt vor territorialer Integrität und Souveränität ist. Die entscheidende Frage ist, wie sich die derzeitige Regierung dazu verhält. Tatsache ist, dass wir heute den tatsächlichen Stand der Dinge nicht kennen, da wir keinen Einblick in alle Verträge, Vereinbarungen und Absprachen haben, die hinter verschlossenen Türen getroffen wurden. Dieser gesamte Prozess ist vollkommen intransparent, was inakzeptabel ist, da die Zukunft der Menschen, die in diesem Gebiet leben, auf dem Spiel steht. Die Bürger Serbiens, insbesondere jene, die in Kosovo und Metochien leben, haben ein uneingeschränktes Recht zu wissen, wer in ihrem

Namen worüber verhandelt. Stattdessen sehen wir, dass seit der Unterzeichnung des Brüsseler Abkommens schrittweise Elemente der serbischen Staatlichkeit in diesem Gebiet abgebaut wurden, während die versprochene Gemeinschaft serbischer Gemeinden bis heute nicht umgesetzt wurde. Es gibt dort keine Institutionen der Republik Serbien mehr, keinen Dinar, keine eigene Vorwahl, keine serbische Post, keine Polizei, keine Staatsanwälte und keine Richter – und bald wird es auch keine serbischen Schulen, Universitäten oder Krankenhäuser mehr geben. Nach der aktuellen Entwicklung hat dies seinen Höhepunkt mit der endgültigen Umsetzung des Gesetzes über Ausländer und des Gesetzes über Fahrzeuge erreicht, wodurch Serben nun zu Ausländern in einem Gebiet werden, in dem sie seit Jahrhunderten leben. Sie haben keinerlei Unterstützung ihres Staates und sind sich selbst überlassen – sowie Albin Kurti, der entschlossen ist, Kosovo und Metochien von Serben zu „säubern“. Abgeordnete der Volksbewegung Serbiens waren kürzlich vor Ort und konnten sich selbst davon überzeugen, dass die Serben in Kosovo und Metochien heute zu den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in diesem Teil Europas gehören. Daher muss die oberste Priorität der serbischen Regierung darin bestehen, die Sicherheit und ein Leben in Frieden für die eigene Bevölkerung zu gewährleisten. Es muss ihnen ein sicheres, würdiges Leben in ihren eigenen Häusern ermöglicht werden – das muss der erste Schritt sein. Im zweiten Schritt müsste vollständige Transparenz über alle bislang unterzeichneten Vereinbarungen und eingegangenen Verpflichtungen hergestellt werden. Erst auf Grundlage dieser Fakten sollten besonnene und kluge Entscheidungen getroffen werden – im Interesse der Menschen, die in Kosovo und Metochien leben.

PSG

PAVLE GRBOVIĆ

Serbien hat keine Souveränität über den Kosovo und kann keine Entscheidung treffen, die auf diesem Gebiet umgesetzt wird. In diesem Sinne ist der Kosovo faktisch unabhängig von Serbien, kann jedoch nicht als Staat im vollen Sinne des Wortes betrachtet werden. Die Formel der „gegenseitigen Anerkennung“ ist für uns nicht akzeptabel, da Serbien darin nichts gewinnt. Unabhängig davon, ob es eine Anerkennung durch Priština gibt oder nicht, verfügt Serbien über unbestrittene völkerrechtliche Subjektivität. Die Formel der „gegenseitigen Akzeptanz“, die keine formelle Anerkennung, aber auch keine formelle Blockade der demokratischen Entwicklung des Kosovos vorsieht – einschließlich der Möglichkeit einer Mitgliedschaft in bestimmten internationalen Organisationen nach Erfüllung der Kriterien –, kann hingegen als ein akzeptabler Rahmen betrachtet werden. In diese Richtung ging auch das inzwischen bekannte, aber weitgehend in Vergessenheit geratene deutsch-französische Abkommen. Es ist weit von ideal entfernt, stellt aber einen gewissen Kompromiss dar. Unsere größte Kritik an der Politik der SNS-Regierung im Umgang mit dem Kosovo besteht darin, dass sie bei den zahlreichen Zugeständnissen an Priština vor allem darauf bedacht war, eigene Vorteile



zu sichern und sich innenpolitisch freie Hand für eine autokratische Regierungsführung zu verschaffen, anstatt Maßnahmen durchzusetzen, die das Leben der Serben im Kosovo konkret erleichtert und verbessert hätten. Eine grundlegende Veränderung muss daher eine Verschiebung des Fokus bedeuten: weg von der Frage des Territoriums hin zu den Menschen. Weg von der Statusfrage hin zu Themen wie persönlicher Autonomie für die Serben, Schutz ihres Eigentums, Ermöglichung der Rückkehr sowie Schutz der Kirche und des kulturellen Erbes. Alles andere ist verantwortungslos gegenüber dem Staat und vor allem unmenschlich gegenüber den Serben, die dort leben und unter mangelnder Information sowie in einer Atmosphäre künstlich genährter falscher Hoffnungen existieren.



NDSS

MILOŠ JOVANOVIĆ

Kosovo und Metochien ist ein integraler Bestandteil Serbiens, darüber kann es keine Diskussion geben. Und das gilt sogar unabhängig von der Verfassung der

Republik Serbien, von der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die in Kraft ist, rechtlich bindend ist und die Rückkehr serbischer Sicherheitskräfte in die südliche serbische Provinz vorsieht, von der Tatsache, dass fünf Mitgliedstaaten der EU die Sezession des Kosovo nicht anerkennen, oder von der Tatsache, dass dies auch für einen großen Teil der Menschheit in demografischer und geografischer Hinsicht gilt. Das ist der Ausgangsrahmen, und nur innerhalb dieses Rahmens können wir nach einer Lösung suchen.

SLOGA / RADNIČKA PARTIJA

ŽELJKO VESELINOVIĆ

Die erste und entscheidende Tatsache ist, dass Kosovo und Metochien gemäß der Verfassung der Republik Serbien ein Bestandteil Serbiens sind, und solange das so ist, müssen wir es alle als Teil Serbiens behandeln. Eine völlig andere Sache ist jedoch die Realität vor Ort, wo Kosovo praktisch alle Elemente der Staatlichkeit besitzt und von einem großen Teil der internationalen Gemeinschaft anerkannt wurde. Solange der Kosovo jedoch kein Mitglied der Vereinten Nationen ist und nicht von einigen weiteren Großmächten anerkannt wird, wird es nicht die volle Kapazität eines unabhängigen Staates haben. Es ist unmöglich zu erwarten, dass Serbien die Unabhängigkeit Kosovos anerkennt, da eine überwältigende Mehrheit unseres Volkes dies nicht will, und keine Regierung darf gegen den Willen der Bevölkerung handeln. Parteien, die im Grunde die Unabhängigkeit Kosovos anerkennen würden, sind marginal und ohne nennenswerte Bedeutung oder Einfluss. Es handelt sich um eine komplexe Frage, bei der alle Seiten zu Kompromissen bereit sein müssen. Natürlich ist die Vermittlung durch die internationale Gemeinschaft notwendig, jedoch ohne Bedingungen



gegenüber einer der Seiten. Ich bin der Ansicht, dass noch viel Zeit vergehen wird, bis diese Frage gelöst wird. Vor allem halte ich es für notwendig, dass eine neue und jüngere Generation von Politikern an die Spitze tritt, die nicht durch die Vergangenheit belastet ist. In der Zwischenzeit müssen Bedingungen geschaffen werden, damit die Menschen vor allem normal leben können – mit freiem Verkehr von Menschen, Waren und Kapital –, sodass sich die Lage zumindest teilweise normalisiert und Gespräche fortgesetzt werden können. Ich befürchte jedoch, dass dies in absehbarer Zeit nicht der Fall sein wird. Eine mögliche Lösung wäre, dass die gesamte Region Teil der Europäischen Union wird, und ich glaube, dass sich die Dinge dann schneller lösen würden.



EKOLOŠKI USTANAK

ALEKSANDAR JOVANOVIĆ

Wem nicht klar ist, wessen Kosovo und Metochien sind, der sollte die Verfassung der Republik Serbien lesen. Diejenigen, die von Serbien verlangen,

auf einen Teil seines Territoriums zu verzichten, sollten bei sich selbst anfangen und sich fragen, ob sie dasselbe tun würden, wenn man es von ihnen verlangen würde. Wenn die Großmächte wirklich wollten, dass die Frage von Kosovo und Metochien gelöst wird, hätten sie sie längst gelöst und nicht zugelassen, dass im 21. Jahrhundert Serben in Kosovo und Metochien umgeben von Stacheldraht unter Bedingungen leben, die einem Konzentrationslager ähneln, das von Albin Kurti und der internationalen Gemeinschaft verwaltet wird, deren Aufgabe es eigentlich ist, für ihre Sicherheit zu sorgen.

MONARHISTI – POKRET ZA KRALJEVINU SRBIJE

VLADIMIR JELIĆ

Unsere Position ist, dass die Politik gegenüber Kosovo und Metochien verantwortungsvoll, langfristig und im Einklang mit der Verfassung Serbiens sowie dem Völkerrecht geführt werden muss, insbesondere mit der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Wir unterstützen die Fortsetzung des Dialogs unter Vermittlung der Europäischen Union, der Vereinten Nationen und aller Institutionen, die zur Lösungsfindung beitragen können, da wir die Stabilität der Region als gemeinsames Interesse betrachten. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass der Prozess transparent sein muss und auf einem realen Schutz der Rechte der serbischen Gemeinschaft, des religiösen und kulturellen Erbes sowie der langfristigen Sicherheit beruhen sollte. Wir sind überzeugt, dass nachhaltige Lösungen nur durch Kompromisse erreicht werden können, die keine einseitigen Zugeständnisse beinhalten und über eine breite internationale Legitimität verfügen. Unsere Position bleibt, dass Kosovo und Metochien im Einklang mit dem geltenden rechtlichen Rahmen Teil Serbiens ist.



3

Serbien führt seit Jahren Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union, während der Reformprozess zunehmend stockt. Welche Prioritäten würden Sie setzen, um den EU-Beitrittsprozess wieder zu beschleunigen, und welche Reformen halten Sie für unverzichtbar?

SSP

DRAGAN ĐILAS

Aleksandar Vučić will Serbien nicht in der Europäischen Union. Er war und ist ein Šešelji-Radikaler, der Serbien in Richtung China und Russland führt.

Unter seiner Herrschaft ist die Unterstützung der Bürger Serbiens für eine EU-Mitgliedschaft in 13 Jahren von 67 Prozent auf 35 Prozent gesunken. Während Parlamentspräsidentin Ana Branbić öffentlich eine Debatte über eine Änderung der Haltung ankündigt, dass Serbien der EU beitreten will, haben wir einen Plan mit konkreten Schritten verabschiedet, die nach dem Sturz des Vučić-Regimes unternommen werden sollen, damit Serbien bis 2030 Mitglied der EU wird. Es ist genau festgelegt, was in welchem Jahr getan werden muss, damit dieses Ziel realistisch ist.



NPS

MIROSLAV ALEKSIĆ

Serbien stagniert auf dem Weg in die Europäische Union, weil es den derzeitigen Machthabern nicht entspricht, dass

Serbien Teil eines funktionierenden Systems wird, in dem Rechtsstaatlichkeit und grundlegende Menschenrechte gelten. Die EU ist für sie nur dann relevant, wenn es darum geht, Mittel für Reformen zu erhalten, die letztlich nie umgesetzt werden – stattdessen landet dieses Geld in ihren eigenen Taschen und in denen ihnen nahestehender Personen. Der Kern des Problems liegt darin, dass es keinen Fortschritt in den zentralen Reformkapiteln gibt – insbesondere in den Kapiteln 23 und 24, die sich mit Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit befassen. Fortschritte in diesen Bereichen sind von entscheidender Bedeutung, da sie sich unmittelbar auf das Leben der Bürger auswirken. Jeder Bürger wünscht sich, dass das Recht für alle gleichermaßen gilt und niemand über dem Gesetz steht. Trotzdem stellt die Regierung es in der Öffentlichkeit so dar, als würde Serbien aufgrund seiner Außenpolitik nicht vorankommen und als würde die EU Fortschritte von Maßnahmen wie der Einführung von Sanktionen gegen Russland abhängig machen. Dadurch entsteht in der serbischen Öffentlichkeit ein verzerrtes und negatives Bild der EU, während gleichzeitig



China und Russland positiv dargestellt werden. Infolgedessen sinkt die Unterstützung für einen EU-Beitritt Serbiens kontinuierlich. Serbien gehört geografisch zu Europa, und es ist nur logisch, dass es Teil einer europäischen Gemeinschaft geordneter Staaten wird, mit denen es auch wirtschaftlich eng verbunden ist. Meiner Ansicht nach braucht Serbien die EU – als führendes Land der Region –, aber ebenso braucht die EU Serbien. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es jedoch zunächst notwendig, Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit umzusetzen. Genau das ist auch ein zentrales Thema in den Gesprächen mit Vertretern der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Wenn Albanien und Montenegro diesen Weg einschlagen konnten, sehe ich keinen Grund, warum Serbien das nicht ebenfalls schaffen sollte.

PSG

PAVLE GRBOVIĆ

Der EU-Beitritt ist in erster Linie ein politischer und erst danach ein technischer Prozess. Die zentrale politische Frage ist derzeit die kollektive Sicherheit. In diesem Zusammenhang muss Serbien einen Weg finden, konstruktiv zu dieser Lösung beizutragen, anstatt ein dauerhafter potenzieller Auslöser von Krisen und Instabilität zu sein. Das bedeutet praktisch, dass Serbien seine Ambition aufgeben muss, als russischer Akteur in Europa aufzutreten. Nicht, weil wir Russland ablehnen, sondern weil unsere eigenen Interessen im Vordergrund stehen und wir so leben wollen wie die Bürger der EU und nicht wie jene in Russland. Solche Entscheidungen sind notwendig, aber nicht ausreichend, denn für die Mitgliedschaft im erfolgreichsten politischen Projekt werden auch bestimmte Standards verlangt. Im Hinblick auf die inneren Reformen ist ein umfassender Neustart des Sicherheitssystems entscheidend, gefolgt von einer grundlegenden Reform der Justiz und der Medien.



NDSS

MILOŠ JOVANOVIĆ

Veränderungen im Land müssen stattfinden, und Serbien muss in jeder Hinsicht geordnet und stark sein: von

der Lebensqualität seiner Bürger über das Vorhandensein nationaler Ambitionen bis hin zu Kultur und Sport. Diese Veränderungen liegen jedoch allein in unserer Verantwortung, und niemand kann sie an unserer Stelle umsetzen. Was die EU betrifft, ist jede Form der Zusammenarbeit sowohl notwendig als auch wünschenswert, und meiner persönlichen Ansicht nach sollten diese Beziehungen ausgezeichnet sein – all das kann jedoch auch ohne eine Mitgliedschaft erreicht werden.



EKOLOŠKI USTANAK

ALEKSANDAR JOVANOVIĆ



Die Bewegung Ökologischer Aufstand setzt sich für ein Serbien in der EU ein, jedoch mit klar definierten Bedingungen. Falls die Voraussetzung für den EU-Beitritt Serbiens die Umsetzung der von der EU beschlossenen Energieagenda wäre, in der unter anderem die Eröffnung der Mine „Jadar“ in Gornje Nedeljice und die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen vorgesehen ist, dann gibt es keinen Grund, eine EU-Mitgliedschaft zu akzeptieren. Dasselbe gilt auch für die Frage des Status von Kosovo und Metochien. Über all diese Fragen können ausschließlich die Bürger in einem Referendum entscheiden.



SLOGA / RADNIČKA PARTIJA

ŽELJKO VESELINOVIĆ

Ich bin der Meinung, dass die derzeitige Regierung kein besonderes Interesse daran hat, Serbien in

die Europäische Union zu führen, da die EU – bei all ihren Vorzügen und Schwächen – Regeln hat, die eingehalten werden müssen, vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Meinungs- und Redefreiheit, Medienfreiheit sowie Unabhängigkeit der Justiz. Das sind aus meiner Sicht die zentralen Voraussetzungen, die Serbien erfüllen muss, um Teil der Europäischen Union zu werden. Für uns als Arbeiterpartei sind zudem die Wahrung der Arbeitnehmerrechte sowie die Entwicklung des sozialen Dialogs von großer Bedeutung – Bereiche, die in der Europäischen Union deutlich weiter entwickelt sind als in Serbien.

MONARHISTI – POKRET ZA KRALJEVINU SRBIJE

VLADIMIR JELIĆ



Wir sind der Ansicht, dass der Reformprozess in erster Linie von der Notwendigkeit der Modernisierung Serbiens geleitet werden muss und nicht ausschließlich von der formalen Dynamik der Verhandlungen. Zu den Prioritäten gehören die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Entpolitisierung der Institutionen, die Verbesserung des Wahlrechts, der Kampf gegen Korruption sowie die Verbesserung des Geschäftsumfelds. Diese Reformen sind nicht nur für die Umsetzung europäischer Standards in Serbien wichtig, sondern vor allem für die Lebensqualität der Bürger und die langfristige Stabilität des Staates. Wir sind überzeugt, dass der Europäisierungsprozess Serbiens auf einer echten Partnerschaft, der Berücksichtigung der Besonderheiten Serbiens und dem Prinzip beruhen sollte, dass jeder Kandidatenstaat seine legitimen Interessen schützt.



**Jetzt kostenlos
per Mail an**

**newsletter@
westbalkan.at**

anmelden

**oder weiter
im Blindflug
bleiben.**

4

Die aktuelle Regierung verfolgt derzeit eine Politik der Balance zwischen der Europäischen Union, den USA, Russland und China. Würden Sie diese außenpolitische Strategie fortsetzen oder stärker auf eine klare europäische oder doch eher andere Orientierung setzen – und wie würden Sie die Beziehungen zu Brüssel, Washington, Moskau und Peking gestalten?

SSP

DRAGAN ĐILAS

Serbien ist das einzige Land in Europa, das ein Freihandelsabkommen mit China hat. Serbien ist das einzige Land, dessen Geheimdienst die russische Opposition ausspioniert und die Aufnahmen an die russische Seite weitergibt, die diese Menschen verhaftet und zu 25 Jahren Haft verurteilt. Es ist außerdem ein Land, das keinerlei Sanktionen gegen Russland verhängt hat. Serbien ist ein Land, dessen Parlamentspräsidentin an der Amtseinführung von Maduro teilgenommen hat. Serbien ist ein Land, dessen Präsident und seine engsten Mitarbeiter täglich öffentlich die Europäische Union angreifen und behaupten, sie organisiere einen gewaltsamen Machtwechsel, den sie als „farbige Revolution“ bezeichnen – ganz so, wie auch Putin die Ereignisse in der Ukraine bezeichnet. Wenn Sie das lesen, glauben Sie dann immer noch, dass die Regierung eine ausgewogene Politik zwischen der EU, den USA, Russland und China verfolgt?



SNP

MIROSLAV ALEKSIĆ

Die derzeitige Regierung verfolgt schon lange keine Politik des Ausgleichs mehr, da sie die Außenpolitik

der Republik Serbien leider auf die Wahrung persönlicher Interessen und persönliche Kontakte mit einzelnen Staatsführern reduziert hat und damit die Position unseres Landes beschädigt hat, die es früher einmal innehatte. Die geografische Lage unseres Landes ist eindeutig und weist klar auf eine enge Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten hin, da dies naheliegend



ist. Ebenso müssen die wirtschaftlichen Verbindungen zur Europäischen Union bei der zukünftigen außenpolitischen Ausrichtung berücksichtigt werden. Für die Volksbewegung Serbiens ist die Umsetzung von Reformen von strategischer Bedeutung, die Serbien dorthin führen sollen, wo es hingehört – unter die am weitesten entwickelten europäischen Länder. Das darf jedoch keinesfalls ein Hindernis für die Aufrechterhaltung traditionell guter Beziehungen zu Russland und China sein. Bei der künftigen Ausgestaltung dieser Beziehungen müssen wir uns jedoch an den Interessen der Republik Serbien und ihrer Bürger orientieren – was bislang leider nicht der Fall war. Das bedeutet konkret, dass beispielsweise chinesische Unternehmen in Zukunft nicht mehr tun können, was sie wollen, insbesondere in Ostserbien, und sich nicht mehr so verhalten dürfen, als würden für sie die Gesetze unseres Landes nicht gelten. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so hat Serbien historisch immer dann die größten Fortschritte gemacht, wenn es gute Beziehungen zu den USA hatte – Beziehungen, die die derzeitige Regierung durch unüberlegte und falsche Entscheidungen beschädigt hat. Daher muss es in Zukunft Priorität sein, wieder stabile und partnerschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufzubauen. Eine gewisse Neudefinition der Beziehungen wird also notwendig sein. Gleichzeitig hat unser Land das Potenzial, ein Ort der Begegnung zwischen Ost und West zu sein – und genau dieses Potenzial wollen wir vollständig ausschöpfen.

PSG

PAVLE GRBOVIĆ

Die Welt ist heute multipolar und erfordert Kommunikation mit nahezu allen Akteuren, doch eine Politik der „Blockfreiheit“ oder Neutralität ist nicht mehr tragfähig und wird in der Praxis zu einer Politik der Einsamkeit und Isolation. Das beschreibt unsere internationale Position heute am besten. Die aktuelle Regierung hat in Europa im Grunde nur einen Partner, und das auf Basis persönlicher Verbindungen – und selbst diese Partnerschaft könnte bald der Vergangenheit angehören. Ich spreche von Ungarn. Was die Politik betrifft, die wir vertreten und vorschlagen, lässt sie sich kurz auf folgende Prinzipien reduzieren: Das grundlegende und strategische Ziel Serbiens ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, und die EU ist unser wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner. Mit allen anderen sollten Beziehungen im Rahmen unserer wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Interessen entwickelt werden – solange diese Zusammenarbeit die Verwirklichung dieses strategischen Ziels, nämlich den EU-Beitritt, nicht negativ beeinflusst. Wenn die Dinge so klar definiert sind, verringert sich der Spielraum für Irrwege und Fehlentscheidungen.



**NDSS****MILOŠ JOVANOVIĆ**

Wie für jeden Staat geht es hier um die Verwirklichung der serbischen nationalen Interessen, aber auch um Konsequenz. Sowohl

mit Brüssel als auch mit Washington, Moskau und Peking müssen wir die bestmöglichen Beziehungen haben – jedoch anhand klar definierter Positionen. Aus unserer Sicht muss die Position Serbiens als Land, das der Osten im Westen und der Westen im Osten ist, eindeutig und konsequent bestimmt werden. Es handelt sich um einen militärisch neutralen Staat, und dieser Neutralität muss umgehend der Verzicht auf eine EU-Mitgliedschaft hinzugefügt werden. Von dieser klaren Ausgangsposition aus müssen dann die Beziehungen zur übrigen Welt aufgebaut werden. Das, was wir derzeit haben, ist keine Außenpolitik – eigentlich ist es überhaupt keine Politik.

EKOLOŠKI USTANAK**ALEKSANDAR JOVANOVIĆ**

Wir sind gegen die Einführung von Sanktionen gegen irgendeinen Staat der Welt. Wenn jemand weiß, was es bedeutet, unter Bedingungen von Isolation und Sanktionen zu leben, dann sind das zweifellos die Bürger Serbiens. Wir leben in einer Welt offener Ausbeutung und Gesetzlosigkeit, in der das Völkerrecht schon lange nicht mehr existiert – falls es überhaupt jemals existiert hat. Die Welt ist nicht mehr in zwei Blöcke geteilt, alte Bündnisse und Freundschaften gelten nicht mehr, und jedes Land versucht, auf seine Weise den Krisen zu begegnen, die überall spürbar sind. Derzeit gilt in der Welt die Regel: Jeder muss sehen, wie er zurechtkommt. In diesem Sinne wird nicht nur Serbien, sondern werden auch alle anderen Staaten gezwungen sein, eine Balancepolitik zu verfolgen.

**SLOGA / RADNIČKA PARTIJA****ŽELJKO VESELINOVIĆ**

In der Theorie sind gute Beziehungen zu Großmächten ein Ideal für jeden Staat, aber

Serbien ist ein zu kleines Land, um sich diesen Luxus leisten zu können – insbesondere in Zeiten internationaler Konflikte. Für mich ist die strategische Ausrichtung die Europäische Union, da Serbien sowohl geografisch als auch kulturell und strategisch zu Europa gehört. Es ist sehr

schlecht, dass wir das einzige Land in Europa sind, in dem die Mehrheitsstimmung gegen die EU gerichtet ist. Der Grund dafür liegt in dem Narrativ, das in Serbien seit Jahren verbreitet wird – dass die EU Serbien schaden wolle, dass sie uns Kosovo „wegnehmen“ wolle, dass sie uns 1999 bombardiert habe und Ähnliches. Ich halte auch die Erzählung für schädlich, dass wir „Brüder“ mit den Russen seien, dass sie unsere größten Freunde und Beschützer seien. Das ist zwar im öffentlichen Raum stark präsent, aber aus meiner Sicht falsch. In der internationalen Politik gibt es keine Brüderlichkeit oder Freundschaft, sondern nur nationale Interessen, und ich denke, dass Serbien in der kommenden Zeit eine Seite wählen müssen wird. Ich hoffe aufrichtig, dass es die Europäische Union sein wird – bei gleichzeitiger Achtung gegenüber Washington, Moskau und Peking.

MONARHISTI – POKRET ZA KRALJEVINU SRBIJE**VLADIMIR JELIĆ**

Wir sind der Ansicht, dass Serbien eine vorhersehbare, prinzipiengeleitete und strategisch definierte Außenpolitik verfolgen sollte. Als europäischer Staat gehört Serbien natürlicherweise zum europäischen politischen und wirtschaftlichen Raum und sollte möglichst enge Beziehungen zur Europäischen Union entwickeln. Gleichzeitig sind wir der Auffassung, dass es im Interesse Serbiens liegt, auch konstruktive Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sowie zu Russland und China zu pflegen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Infrastruktur. Unser Ansatz wäre eine Politik klarer Prioritäten – der Ausbau bilateraler Beziehungen zu den Staaten der EU, insbesondere zu Deutschland, bei gleichzeitiger Bewahrung traditioneller Partnerschaften und einer Außenpolitik, die auf dem Schutz nationaler Interessen und regionaler Stabilität basiert.



5

Deutschland, Österreich und die Schweiz zählen zu den wichtigsten Investoren und Wirtschaftspartnern Serbiens. Welche Maßnahmen

würden Sie ergreifen, um das Investitionsklima für Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum zu verbessern und langfristige wirtschaftliche Kooperationen zu stärken?

SSP

DRAGAN ĐILAS

Die Unsicherheit ist enorm für jeden, der in Serbien geschäftlich tätig ist. Das Justizsystem funktioniert nicht, die Korruption ist groß, die Verwaltung langsam. All das muss unbedingt verändert werden, um Unternehmen die Arbeit zu erleichtern. Die SSP hat Dutzende Maßnahmen vorgeschlagen, darunter etwa die Regel, dass für jede neue Verpflichtung für die Wirtschaft zwei bestehende abgeschafft werden müssen. Es geht also um die Reduzierung von Abgaben und Bürokratie, die Bekämpfung der Korruption und die Schaffung von Rechtssicherheit. Das ist die Grundlage für alles Weitere.



NPS

MIROSLAV ALEKSIĆ

Die Verbesserung des Investitionsklimas und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit

Deutschland, Österreich

und der Schweiz sehen wir als eine der zentralen Prioritäten in der kommenden Zeit. Unser Ansatz basiert in erster Linie auf der Stärkung von Rechtssicherheit und Planbarkeit der Geschäftstätigkeit, durch die Angleichung an den EU-Rechtsbestand, die konsequente Anwendung von Vorschriften, eine effizientere Justiz und die Digitalisierung administrativer Verfahren. Gleichzeitig wollen wir einen klaren Schritt weg von einem Modell machen, das überwiegend auf Subventionen basiert, hin zu einem Modell langfristiger Partnerschaften mit Investoren. Das umfasst eine stärkere Unterstützung für die Expansion bestehender Unternehmen, etwa durch steuerliche Investitionsanreize, vereinfachte Verfahren und einen stabilen regulatorischen



Rahmen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung des Humankapitals, durch den Ausbau der dualen Ausbildung, die Stärkung technischer und IT-Profile sowie Umschulungsprogramme in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum. Parallel dazu ist es unser Ziel, die heimischen Lieferketten weiter auszubauen, um die lokale Wertschöpfung zu erhöhen und eine tiefere Integration mit Investoren zu erreichen. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Einrichtung einer Entwicklungsbank nach dem Vorbild der KfW, die solche Projekte unterstützen soll. Ein wichtiger Bestandteil dieser Agenda ist zudem die Verbesserung der Infrastruktur und der Energiesicherheit, verbunden mit einem stärkeren Ausbau erneuerbarer Energien und der Möglichkeit langfristiger Lieferverträge. Abschließend wollen wir den Dialog mit Investoren aus diesen Ländern weiter ausbauen und institutionalisieren, damit Herausforderungen frühzeitig gelöst und zukünftige Maßnahmen in Partnerschaft mit der Wirtschaft gestaltet werden können.

NDSS

MILOŠ JOVANOVIĆ

Jeder Investor möchte vor allem einen klaren rechtlichen Rahmen und Rechtssicherheit für seine Investitionen haben. Deshalb muss neben der klaren außenpolitischen Ausrichtung des Staates, die ich erwähnt habe und die Stabilität und Planbarkeit bringen soll, auch ein einwandfreies Funktionieren des Rechtsstaats gewährleistet werden. Auch die Arbeit der Wirtschaftskammern muss effizienter werden. So wünschenswert ausländische Investitionen auch sind – kein Staat kann seine wirtschaftliche Entwicklung ausschließlich auf ihnen aufbauen. Das ist etwas, dem wir in Serbien im Kontext der notwendigen Veränderungen in Zukunft besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.



EKOLOŠKI USTANAK

ALEKSANDAR JOVANOVIĆ

Die Frage der Wirtschaft ist eine Frage des freien Marktes, und einen freien Markt gibt es nicht und wird es auch

nicht geben, solange die kriegserischen Konflikte in Europa und im Nahen Osten andauern. Ob deutsche, österreichische und schweizerische Unternehmen weiterhin ihr Geld in Serbien investieren werden, ist eine Frage an sie. Ich hoffe, dass sie es tun. Das würde bedeuten, dass sich sowohl in Europa als auch auf dem Balkan die Vernunft durchsetzt und dieser Kriegswahnsinn endlich ein Ende findet.



PSG

PAVLE GRBOVIĆ

Ich hatte Ende letzten Jahres Einblick in eine interne Umfrage der Deutschen Handelskammer in Serbien, und als Hauptproblem wird die rechtliche Unsicherheit genannt. Das Regime konnte bis vor Kurzem Investoren durch massive Subventionen und eine „zentralisierte Korruption“ anziehen, die es ihnen ermöglicht, vom Rechtssystem und von der Pflicht zur Einhaltung von Gesetzen und Standards ausgenommen zu werden. Dieses Modell kommt jedoch in erster Linie chinesischen Unternehmen zugute, weniger europäischen, die auch auf mögliche Reputationsschäden achten und zudem nicht in einem System tätig sein wollen, das sie in eine Grauzone oder sogar in eine illegale Zone drängt. Die zentrale Herausforderung unserer diplomatischen Initiativen besteht darin, internationale Partner davon zu überzeugen, dass wir ihre legitimen wirtschaftlichen Interessen verstehen und dass diese weder durch das Handeln der Opposition noch durch einen möglichen Regierungswechsel gefährdet sind, sondern vielmehr durch unlauteren Wettbewerb und die Hinwendung Vučićs zu China. Serbien verfügt bereits über sehr gute Voraussetzungen für Investoren aus dem deutschsprachigen Raum, die nach wie vor den größten Einfluss haben. Zudem spricht ein großer Teil unserer Bevölkerung Deutsch, womit wir in diesem Bereich über dem europäischen Durchschnitt liegen. Die Unberechenbarkeit des Rechtssystems, die administrative Überlastung und die unverhältnismäßig hohe Zahl parafiskalischer Abgaben sind jedoch Bereiche, in denen eindeutig Veränderungen notwendig sind, um einen neuen Investitionszyklus in Gang zu setzen.

**SLOGA / RADNIČKA PARTIJA****ŽELJKO VESELINOVIĆ**

In Serbien gibt es zahlreiche Unternehmen aus dem deutschsprachigen

Raum. Die meisten stammen aus Deutschland, einige aus Österreich und etwas weniger aus der Schweiz. Leider handelt es sich dabei überwiegend um Niedriglohnunternehmen oder, wie sie sich selbst bezeichnen, um Unternehmen aus der „arbeitsintensiven Industrie“, die wir oft als „Schraubenzieher-Industrie“ bezeichnen. Es sind meist Unternehmen, die vor fast 20 Jahren nach Serbien gekommen sind – vor allem wegen hoher Subventionen und günstiger Arbeitskräfte. Heute sind wir keine so günstige Arbeitskraft mehr, und diese Unternehmen beginnen, Arbeitnehmer zu entlassen und über

eine Verlagerung der Produktion nach Asien oder Afrika nachzudenken. Ich würde mir daher wünschen, dass ernsthaftere Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum nach Serbien kommen, denn ich bin – auch aus meiner Erfahrung als Vertreter der Arbeitnehmer – überzeugt, dass diese Unternehmen die Arbeitnehmerrechte und den sozialen Dialog stärker respektieren als etwa Unternehmen aus China, der Türkei oder Südkorea. Serbien ist auf jeden Fall ein attraktiver Markt für Unternehmen aus den Bereichen IT, Energie und Landwirtschaft. Wir verfügen über qualifizierte Arbeitskräfte, die schnell lernen, und unser Ziel muss es sein, möglichst viele Fachkräfte im Land zu halten. Leider ist ein großer Teil unserer Fachkräfte – Ingenieure, Ärzte, Pflegepersonal, aber auch Handwerker – aufgrund besserer Verdienstmöglichkeiten nach Westeuropa ausgewandert. Heute ist es in Serbien leider immer schwieriger geworden, selbst grundlegende handwerkliche Dienstleistungen zu finden – so sehr, dass es oft schon schwierig ist, jemanden zu finden, der eine einfache Glühbirne austauschen kann.

MONARHISTI – POKRET ZA KRALJEVINU SRBIJE**VLADIMIR JELIĆ**

Wir sind der Ansicht, dass die langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, Österreich und der Schweiz von großer Bedeutung für die Entwicklung der serbischen Wirtschaft ist, insbesondere angesichts des Umfangs des Handelsaustauschs, der Investitionen und der Bedeutung der serbischen Diaspora in diesen Ländern. Zentrale Prioritäten wären die Stärkung der Rechtssicherheit, eine effizientere Arbeit der Gerichte, der Abbau administrativer Hürden, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie ein konsequenter Kampf gegen Korruption. Wir sind überzeugt, dass es besonders wichtig ist, von einem Investitionsmodell, das ausschließlich auf Subventionen basiert, zu einem Modell überzugehen, das auf einem stabilen rechtlichen Rahmen, qualifizierten Arbeitskräften und langfristigen industriellen Partnerschaften beruht. Unser Ziel ist es, dass Serbien ein verlässlicher und berechenbarer Partner für Investoren wird, gleichzeitig aber auch ein Staat, der seine eigene Wirtschaft und sein Unternehmertum stärkt. Die Wiederherstellung des Königreichs Serbien würde stabilere Rahmenbedingungen und mehr Rechtssicherheit für ausländische Investoren schaffen.

DIE OPPOSITION JENSEITS DES PARLAMENTS

Warum die eigentliche Dynamik der serbischen Politik längst außerhalb institutioneller Strukturen entsteht



Maja Marković

Stv. Chefredakteurin

mm@westbalkan.at

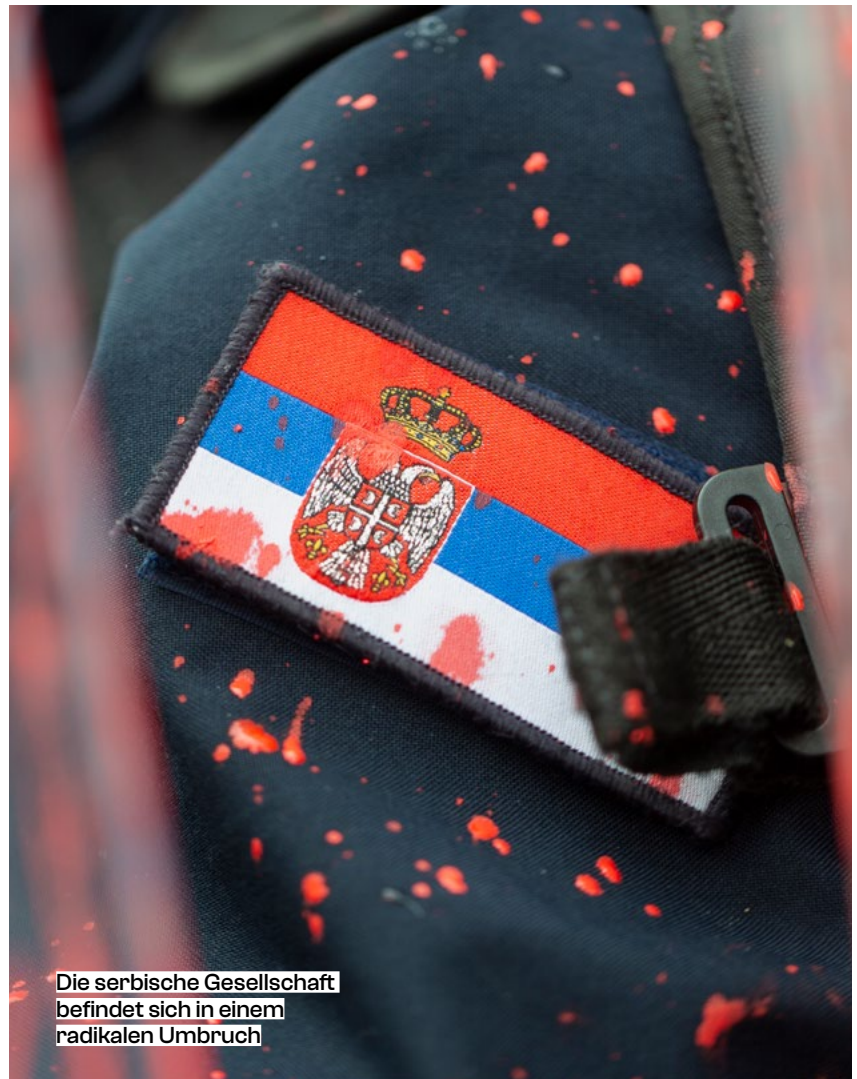
Uroš Matović

Redakteur

Die politische Auseinandersetzung in Serbien wird nicht mehr (allein) im Parlament entschieden. Während die parlamentarische Opposition fragmentiert bleibt und in ihren Handlungsspielräumen begrenzt ist, hat sich parallel dazu ein vielfältiges außerparlamentarisches Spektrum herausgebildet, das an Einfluss gewinnt – und die politische Dynamik des Landes maßgeblich umgestaltet.

Zivilgesellschaftliche Initiativen, informelle Bewegungen, akademische Netzwerke und vor allem die Studentenproteste haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass Mobilisierungskraft, öffentliche Aufmerksamkeit und politischer Druck nicht zwingend an Parteien gebunden sind. Im Gegenteil: Gerade außerhalb klassischer politischer Strukturen entstehen neue Formen der Organisation, die sich bewusst der Logik von Hierarchie und Parteidisziplin entziehen.

Diese Akteure eint kein einheitliches Programm, wohl aber eine gemeinsame Stoßrichtung: Die Kritik an institutionellen Defiziten, an der Konzentration politischer Macht in der Hand von Präsident Aleksandar Vučić und seiner alles dominierenden Ser-



Die serbische Gesellschaft befindet sich in einem radikalen Umbruch

Foto: Shutterstock/PrelevicMilos

bischen Fortschrittspartei (SNS) sowie an der fehlenden Durchlässigkeit des Systems für echte politische Alternativen. Ihre Stärken liegen weniger in klar definierten politischen Angeboten als in ihren Fähigkeiten, gesellschaftliche Unzufriedenheit zu bündeln und sichtbar zu machen.

Gleichzeitig offenbart sich hier auch eine zentrale Ambivalenz: Die außerparlamentarische Opposition verfügt über erhebliche Mobilisierungskraft,

bleibt jedoch in ihrer politischen Übersetzungsfähigkeit begrenzt. Zwischen Protest und politischer Macht klafft weiterhin eine Lücke, die bislang nur unzureichend geschlossen werden konnte.

Die folgenden Porträts zeichnen ein differenziertes Bild der relevantesten Player, die außerhalb des Parlaments agieren – und dennoch zunehmend bestimmen, in welche Richtung sich das politische Kräfteverhältnis in Serbien entwickelt.

Die Studentenbewegung

Studenten und Bürger protestieren gegen die Regierung und fordern Gerechtigkeit für die 16 Toten von Novi Sad.



Copyright: Roman023.photography / Shutterstock.com

AUFSTAND OHNE ANFÜHRER

Wie eine führungslose Bewegung die politische Landschaft umgestaltet

Die Proteste, die in Serbien nach dem Einsturz des Vordachs des rekonstruierten Bahnhofs in Novi Sad am 1. November 2024 begannen, als 16 Personen ums Leben kamen und eine schwer verletzt wurde, wurden nicht von Studierenden initiiert, sondern überwiegend von der Opposition. In den ersten Tagen folgten mehrere Proteste, danach begannen die Bürger, den Verstorbenen durch das Blockieren von Straßen die Ehre zu erweisen, was aus dem Aufruf der Initiative ProGlas durch die Aktion „Steh still, Serbien“ hervorging – jeden Tag um 11:52 Uhr, also zu jener Zeit, als das Vordach einstürzte.

Gerade während eines solchen Gedenkens am 22. November vor der Fakultät für Dramakünste (FDU) in Belgrad griffen Personen, von denen festgestellt wurde, dass es sich um Funktionäre der regierenden Serbischen Fort-

schrittpartei (SNS) von Präsident Aleksandar Vučić handelt, Studierende, Professoren und Bürger an. Drei Tage später blockierten die Studierenden ihre Fakultät und riefen andere Kollegen auf, dasselbe zu tun. Dieser Moment gilt als offizieller Beginn der Studentenproteste. Im November und Dezember 2024 sowie Jänner 2025 wurden alle staatlichen Fakultäten in Serbien blockiert, einschließlich einiger privater.

Unter der Organisation der Studenten unter dem Namen „Studenten Blockade“ (Studenti u blokadi) folgten einige der massenhaftesten Proteste in der Geschichte Serbiens.

„Studenti u blokadi“ organisierten sich als eine Bewegung ohne Anführer, die Entscheidungen dezentral und hinter verschlossenen Türen trifft. Da die Studierendenparlamente an den

Fakultäten, die gesetzlich anerkannte Organisationen sind, nach Angaben der Studierenden unter der Kontrolle der Regierung standen, bildeten „Studenti u blokadi“ eigene Plenen an jeder Fakultät, zu denen alle Studierenden eingeladen waren und auf denen Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip getroffen wurden.

In den ersten Monaten nahmen an jedem Plenum Hunderte von Studierenden teil, doch mit der Zeit, insbesondere ab Mitte 2025, verringerte sich die Zahl der Anwesenden insgesamt.

Die Studierenden brachten zu Beginn vier Forderungen vor: Die Veröffentlichung der Dokumente über die Rekonstruktion des Bahnhofs in Novi Sad, die strafrechtliche Verfolgung jener Personen, die die Studierenden vor der FDU angegriffen haben, die Einstellung der Verfahren gegen Studierende, die bei Protesten



Gedenkminute für die Opfer von Novi Sad.

Copyright: Roman023_photography / Shutterstock.com



Die blutige Hand als Symbol des Widerstands gegen die Regierung und das System.

Copyright: Roman023_photography / Shutterstock.com



„Pumpaj“ (Pumpen) ist einer der Slogans der Protestbewegung gegen die Regierung.

Copyright: BalkansCat / Shutterstock.com

festgenommen wurden, sowie die Erhöhung der Mittel, die der Staat für die Fakultäten bereitstellt, um 20 Prozent.

Die wichtigste Form der Kommunikation der Studierenden mit den Bürgern erfolgte über zentrale Konten in den sozialen Netzwerken Facebook, Instagram und X, über die sie Mitteilungen veröffentlichten, aber auch verschiedene Aktionen und Proteste ankündigten, zu deren Teilnahme sie öffentlich aufriefen.

Hilfe bei der Organisation und Durchführung der Aktionen erhielten die Studierenden von informellen Netzwerken – von Bürgern, die sich in Versammlungen organisierten, über akademische Netzwerke, die von ihren Professoren organisiert wurden, bis hin zu verschiedenen Gruppierungen wie Kriegsveteranen, Bikern, der IT-Gemeinschaft und anderen.

Durch ihre Aktionen, insbesondere in den ersten sechs Monaten bis Mitte 2025, zeigten die Studierenden, dass sie in der Lage sind, unabhängig vom Anlass von einigen Dutzend bis zu mehreren Hunderttausend Menschen zu mobilisieren. Trotz hoher Beteiligung konnte die Regierung nicht dazu gebracht werden, vorgezogene Neuwahlen auszurufen.

Als größter Protest gilt jener, der am 15. März 2025 in Belgrad stattfand und nach Schätzungen 325.000 Menschen aus allen Teilen Serbiens versammelte. Diese Kundgebung wurde abrupt beendet, als die Sicherheitskräfte angeblich eine Schallkanone gegen die Versammelten einsetzten und obwohl diese Behauptung bisher nie abschließend nachgewiesen werden konnte, gibt es deutliche Hinweise, die durchaus dafür sprechen.

Als Zeichen des Widerstands und der Forderung nach Erfüllung ihrer Anliegen, begannen die Studierenden, in Gruppen zahlreiche Fußmärsche von Stadt zu Stadt im ganzen Land zu unternehmen. Auf diesem Weg hielten sie in jedem Dorf entlang der Route und sprachen mit den Einwohnern, und

wurden in fast allen Ortschaften mit Applaus und lokalen Speisen der Dorfbewohner empfangen. Oftmals schliefen die Studierenden im Freien oder in Zelten, da die lokalen Behörden ihnen die Nutzung von Sporthallen oder Schulen zur Übernachtung verweigerten.

Um europäische Politiker auf die Probleme in Serbien aufmerksam zu machen, organisierten die Studierenden eine 1.400 Kilometer lange Fahrradtour zum Europarat in Straßburg sowie einen Staffellauf über fast 2.000 Kilometer zum Sitz der EU in Brüssel. Mitglieder der serbischen Diaspora organisierten ihnen Empfänge in Wien, Linz, München, Budapest, Straßburg und Brüssel. Auch wurden sie von zahlreichen politischen Würdenträgern empfangen – vom Bürgermeister von Budapest Gergely Karácsony und der österreichischen Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (NEOS) in Wien bis hin zu den Europaabgeordneten Irena Joveva (Renew Europe) aus Slowenien, Gordan Bosanac (Grüne/EFA) aus Kroatien und Fabienne Keller (Renew Europe) aus Frankreich.



„Was ihr wollt, will auch die EU“, so Außenministerin Beate Meinl-Reisinger zu den serbischen Protestläufern am 30. April 2025 in Wien.

Copyright: Screenshot_Instagram_Blokada Beč

Unterstützung für die serbischen Studierenden kam auch von ihren Kollegen, die im Ausland studieren, sowie von Organisationen von Serben, die auf nahezu allen Kontinenten leben. Unterstützungsaktionen wurden von Vancouver, Toronto, Boston und Washington über London, Paris, Barcelona, Wien, München, Rom und Helsinki bis hin zu Doha,

Brisbane, Sydney und Auckland organisiert. In den meisten Städten wurden informelle Bewegungen gegründet, wie „Palac gore“ (Daumen hoch) in Brüssel, „Blokada Beč“ (Blockade Wien) in Wien und zahlreiche andere.

Es ist offensichtlich, dass der Einsturz des Vordachs, die Studierendenproteste und ihre weiteren Aktivitäten einen drastischen Einfluss auf den Rückgang des Zuspruchs für die Regierung haben, die über weite Teile des Jahres 2025 in der Defensive war und überwiegend erratisch und aggressiv auf die Schritte der Studierenden reagierte.

Mit dem Rückgang der Teilnehmerzahlen bei den Protesten zeigten Meinungsumfragen, dass die Regierung ihre Wählerschaft konsolidieren konnte und in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 wieder in die Offensive ging. Die Studierenden haben laut Erhebungen der Neuen Serbischen Politischen Denkfabrik (NSPM) den größten Teil ihrer Unterstützung aus dem Oppositionslager gewonnen, wodurch sich dieses Wählerpotential entsprechend umverteilt hat.



Copyright: BalkansCat / Shutterstock.com

Auch in kleineren Städten wie Zrenjanin folgten zahlreiche Bürger dem Protestaufruf der Studierenden.

Obwohl die Fähigkeit der Studierenden, Hunderttausende von Menschen zu mobilisieren, nach mehr als einem Jahr häufiger Proteste, die die hohen Erwartungen eines Teils der Öffentlichkeit bisher nicht erfüllen konnten, zurückgegangen ist, zeigen Umfragen, dass die Unterstützung nicht gesunken ist, sondern sich konstant auf einem stabilen Niveau hält. Eine aktuelle Umfrage der NSPM von Februar 2026 belegt, dass die Studentenbewegung gemeinsam mit der Opposition 41,2 % auf sich vereinigen können, während die Regierung bei 35,3 % stagniert. Eine Untersuchung des Zentrums für europäische Politik von März 2026 zeigt, dass die Regierungskoalition auf 31,6 % kommt, die Studentenbewegung 23,9 % und die Oppositionsparteien lediglich 9,8 % auf sich vereinigen können. Somit ergibt sich auch dieser Erhebung zufolge eine knappe Mehrheit gegen die Regierungsparteien.

Das Profil jener Personen, die die Studierenden unterstützen, umfasst sehr unterschiedliche Gruppen – von Schülern bis zu Pensionisten. Obwohl die Regierung häufig darzustellen versucht, dass nur „Eliten und Reiche“ die Studierenden unterstützen, gibt es dafür keinerlei offizielle Belege.

Während der gesamten Zeit ihres Bestehens wurde die Studentenbewegung in den Medien aus zwei völlig unterschiedlichen Perspektiven dargestellt – unabhängige Medien berichteten in sehr positivem Kontext und bezeichnen die Studierenden als Träger gesellschaftlicher und politischer Veränderungen, während sie in regierungsnahen Medien als „Blockierer“ dargestellt und häufig auch als „ausländische Söldner“ und „Handlanger einer farbigen Revolution“ sowie als „Hauptthemen und Bremse“ für die weitere Entwicklung des Landes diffamiert werden.

Die Studierenden haben bislang selbstständig agiert bzw. nicht öffentlich deklariert, mit welchen Parteien oder Organisationen sie zusammenarbeiten. Häufig distanzieren sie sich gleichfalls von der parlamentarischen wie auch anderer außerparlamentarischen



Die serbischen Protestläufer bei ihrer Ankunft in Wien am 30. April 2025.

Copyright: Screenshot, Instagram, Blokada Beč

rischen Oppositionsgruppen und wollen nicht mit ihnen in Verbindung gebracht werden.

Die Mehrheit der Oppositionsparteien vertritt die Ansicht, dass eine Zusammenarbeit erforderlich ist, um bei zukünftigen Wahlen erfolgreich zu sein. Gleichzeitig haben die Studierenden wiederholt ihr Misstrauen gegenüber dieser Strategie geäußert und gefordert, dass die Parteien zugunsten der Studentenbewegung bei den nächsten Wahlen nicht kandidieren.

Die vor einigen Wochen in 15 Städten und Gemeinden abgehaltenen Kommunalwahlen zeigen jedoch, dass eine Einigung möglich ist. In mehreren Orten zog sich die Opposition vollständig zugunsten einer Studentenliste zurück; anderswo wurden gemeinsame Listen gebildet. In manchen Gemeinden kam es hingegen zu keiner Einigung, sodass alle Akteure getrennt antraten. Die besten Ergebnisse

wurden – trotz der Siege der Koalition um die SNS in sämtlichen Orten – dort erzielt, wo eine Zusammenarbeit zwischen Opposition und Studierenden zustande gekommen war.

Ihr weiteres Vorgehen hält die Studentenbewegung bislang weitgehend vor der Öffentlichkeit verborgen. Weder ein konkretes Programm noch eine Liste für die kommenden Parlamentswahlen sind bisher bekannt. Allerdings wurde angekündigt, beides erst nach der offiziellen Ausschreibung der Wahlen vorzustellen. Bislang wurde lediglich mitgeteilt, dass die Kandidaten für das Parlament keine Studierenden sein sollen, sondern bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen sowie Universitätsprofessoren.



www.blokade.org/sr/

Vladan Đokić



VOM SYSTEMKANDIDATEN ZUM GEGENSPIELER

Ohne Partei, ohne Programm – aber mit Momentum

Der Professor und ehemalige Dekan der Architekturfakultät in Belgrad, Vladan Đokić, hat innerhalb weniger Jahre einen bemerkenswerten Wandel vollzogen: Vom Aufstieg an die Spitze der Universität Belgrad mit Unterstützung der regierenden Serbischen Fortschrittspartei (SNS) bis hin zum „Staatsfeind Nummer 1“ und potenziell wichtigsten Herausforderer von Präsident Aleksandar Vučić.

Nach zwei Amtszeiten als Dekan der Architekturfakultät wurde der 1963 geborene Đokić im Jahr 2021 zum Rektor der Universität Belgrad gewählt. In der Abstimmung setzte er sich gegen die damalige Rektorin Ivanka Popović durch, die heute der Initiative ProGlas angehört. Während Popović damals vor allem auf die Unterstützung der Studierenden zählen konnte, wurde Đokić weithin als Kandidat der Regierung wahrgenommen.

Die Wende erfolgte kurz nach Beginn der Studentenproteste und der Blockaden zahlreicher Fakultäten im Jahr 2024. Sowohl der bis dahin politisch unauffäl-

lige Rektor persönlich als auch sämtliche Gremien der Universität stellten sich öffentlich hinter die Studierenden.

Đokić trat weder vor noch nach Beginn der Blockaden häufig öffentlich in Erscheinung. In seinen wenigen Auftritten – bei Protestkundgebungen ebenso wie in unabhängigen Medien – beschränkte er sich konsequent auf Kritik an der Regierung, insbesondere an deren Bildungspolitik, am Umgang mit der Universitätsautonomie sowie an der Reaktion auf die Studentenbewegung.

Auch ohne ausdrücklich eigene politische Positionen zu formulieren, deuten Đokićs Stellungnahmen darauf hin, dass er im Fall einer Übernahme eines hohen Staatsamtes eine Politik verfolgen würde, die den zentralen Forderungen der Studentenbewegung nahesteht.

Seine Unterstützung für die Studierenden aus einer zentralen Position im Bildungswesen heraus führte rasch zu negativer Berichterstattung in regierungsnahen Medien. Vertreter der Regierung werfen ihm seither re-

gelmäßig vor, die Blockaden zur eigenen politischen Profilierung zu nutzen.

Formal ist Đokić weiterhin „nur“ Rektor der Universität Belgrad und ohne jede parteipolitische Bindung. Politisch wirkt diese Trennung jedoch zunehmend theoretisch. Denn offen erklärt er, es wäre für ihn eine Ehre, bei künftigen Parlamentswahlen auf einer Studentenliste zu kandidieren – einer Liste, die von der Bewegung bislang bewusst unter Verschluss gehalten wird.

In politischen und medialen Kreisen gilt dies längst als Vorankündigung eines politischen Rollenwechsels. In der öffentlichen Wahrnehmung wird Đokić bereits jetzt als möglicher zentraler Herausforderer der amtierenden Regierung gehandelt, auch wenn belastbare Umfragen zu seiner tatsächlichen Reichweite bislang fehlen.

Entscheidend ist dabei weniger seine Person als vielmehr das Umfeld, aus dem er hervorgeht. Analysten betonen, dass Đokić untrennbar mit der Studentenbewegung verbunden ist, deren politische Dynamik auch über seine eigene Bedeutung entscheidet. Gerade weil die Bewegung auf eine formelle Führung verzichtet, fällt dem Rektor als höchstem institutionellen Unterstützer eine symbolische Rolle zu – er fungiert faktisch als ihr bekanntestes Gesicht.

Dass Đokić zuletzt erklärte, eine politische Rolle übernehmen zu wollen, sofern dies von den Studierenden gewünscht werde, verstärkte diesen Eindruck zusätzlich.

Entsprechend wird inzwischen offen darüber spekuliert, ob er nicht nur Spitzenkandidat einer möglichen Studentenliste bei vorgezogenen Parlamentswahlen, sondern sogar Präsidentschaftskandidat werden könnte. Weder Đokić selbst noch die Studentenbewegung haben diese Szenarien bislang bestätigt – doch allein ihre Plausibilität zeigt, wie stark sich die politische Wahrnehmung des Rektors bereits verschoben hat.

ProGlas



DIE STIMME DER ZIVILGESELLSCHAFT

Eliten gegen das System

ProGlas ist eine Initiative prominenter Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Justiz und Kultur, die im Vorfeld der Parlamentswahlen 2023 entstand. Akademiker, Universitätsprofessoren, Richter, Schriftsteller, Schauspieler, Regisseure und Journalisten schlossen sich zusammen – nicht um selbst an Wahlen teilzunehmen, sondern um die Regierung scharf zu kritisieren. Im Zentrum stehen der Zustand der Demokratie, die Erosion institutioneller Autonomie und das aus Sicht der Initiative systematische Versagen staatlicher Kontrollmechanismen.

ProGlas versteht sich als gesellschaftliches Korrektiv. Ziel ist es, den Bürgern zu vermitteln, dass politischer Wandel nicht ausschließlich über Parteien, sondern auch durch zivilgesellschaftliches Engagement möglich ist – hin zu einer Erneuerung demokratischer Institutionen, größerer Transparenz und einer Debattenkultur, die Kritik zulässt. Für die Rückschritte in diesen Bereichen macht die Initiative die aktuelle Regierung verantwortlich.

Diese klare Positionierung blieb nicht folgenlos. Einzelne Initiatoren gerieten rasch ins Visier von Regierungsvertretern und regierungsnahen Medien. Besonders häufig angegriffen wurde

u.a. auch der bekannte Regisseur Dragan Bjelogrić, der öffentlich diskreditiert und politisch angefeindet wurden.

Über die Kritik hinaus entwickelt ProGlas auch Konzepte für den sogenannten „Tag danach“ – für die Zeit nach einem möglichen Machtverlust der Serbischen Fortschrittspartei (SNS). Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von Justizreformen über Wirtschafts- und Medienpolitik bis hin zu Wahlrecht, Umwelt und Sicherheit.

Ein zentraler Moment war die Unterzeichnung der „Vereinbarung über freie und faire Wahlen“ am 9. März 2024 gemeinsam mit nahezu der gesamten parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition. Anlass waren nach Angaben der Beteiligten massive Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen vom 17. Dezember 2023. ProGlas positionierte sich damit nicht mehr nur als moralische Instanz, sondern als aktiver Akteur im politischen Konflikt um demokratische Mindeststandards.

In der Vereinbarung forderten ProGlas und die beteiligten Parteien unter anderem die Umsetzung der ODIHR-Empfehlungen, eine Überprüfung des Wählerverzeichnisses, objektive Berichter-

stattung im Staatsrundfunk RTS sowie die Zusammenlegung aller Kommunalwahlen auf einen einheitlichen Termin.

In der Folge kam es – direkt oder indirekt – zu einer teilweisen Umsetzung einzelner Maßnahmen: Anpassungen des Wahlrechts, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Überwachung der ODIHR-Empfehlungen, eine begrenzte Einbindung der Zivilgesellschaft sowie die Schaffung einer Kommission zur Überprüfung des Wählerverzeichnisses, die Anfang 2026 ihre Arbeit aufnahm. Kritiker betonen jedoch, dass diese Schritte eher kosmetischer Natur seien.

Eine formelle Zusammenarbeit zwischen ProGlas und der Studentenbewegung ist bislang nicht bekannt. Dennoch positioniert sich die Initiative seit Beginn der Studentenproteste Ende 2024 zunehmend als deren Verbündeter. Bei zahlreichen Diskussionsveranstaltungen thematisiert ProGlas die politische Verantwortung der Regierung für den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad – jenem Ereignis, das zum Katalysator der Protestbewegung wurde.

Darüber hinaus unterstützt ProGlas öffentlich Aktionen der Studierenden, tritt bei Protesten auf und wirbt für gesellschaftliche Solidarität mit der Bewegung. „Protest sei der Ausgangspunkt nachhaltiger politischer Veränderungen“, so die Initiative. Ergänzt wird dies durch Veranstaltungen zur Unterstützung von Richtern, Staatsanwälten und Anwälten, die zunehmendem politischen Druck ausgesetzt seien.

Bislang hat ProGlas selbst an keiner Wahl teilgenommen. Auch über ihre künftige Rolle schweigt sich die Initiative aus. Offen bleibt, ob sie im Umfeld kommender Parlamentswahlen erneut als mobilisierende Kraft auftreten wird, als auch, ob sie eines Tages den Schritt von der zivilgesellschaftlichen Kritik hin zur direkten politischen Beteiligung wagt.



www.proglas.co.rs

Kreni-Promeni



AUFSTIEG EINER NEUEN OPPOSITIONSKRAFT

Zwischen Protestbewegung und politischem Akteur

Kreni Promeni zählt zu den dynamischsten und zugleich jüngsten Akteuren der serbischen Oppositionslandschaft. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die Bewegung von einer zivilgesellschaftlichen Initiative zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft – sichtbar nicht zuletzt an ihren Ergebnissen bei den Kommunalwahlen in Belgrad und Novi Sad. Ihr Vorsitzender, der Jurist und Verfassungsrechtsexperte Savo Manojlović, gilt inzwischen als eine der bekanntesten Figuren der außerparlamentarischen Opposition.

Gegründet wurde Kreni Promeni 2020, landesweite Bekanntheit erlangte die Bewegung ein Jahr später als organisatorisches Zentrum der Umweltproteste gegen den geplanten Lithiumabbau durch Rio Tinto in Westserbien. Seitdem verbindet sie ökologische Mobilisierung mit Themen wie Korruptionsbekämpfung und verfassungsrechtlicher Kontrolle staatlichen Handelns.

Ideologisch positioniert sich Kreni Promeni im rechten Zentrum, verbindet jedoch rechts-

staatliche Argumentationsmuster mit aktivistischen Formen politischer Mobilisierung. Besonders deutlich wird diese Mischung in der Kosovo-Frage. Hier vertritt die Bewegung eine harte souveränitätsorientierte Linie, kritisiert jedoch zugleich die politische Führung in Belgrad und Priština. Die persönliche Biografie Manojlovićs – geboren 1986 in Priština und infolge des Kosovo-Krieges vertrieben – spielt dabei eine Rolle.

In unabhängigen Medien ist Kreni Promeni nahezu omnipräsent. Petitionen, Protestaktionen und medienwirksame Kampagnen sorgen für konstante Sichtbarkeit. In regierungsnahen Medien wird die Bewegung hingegen meist als destabilisierender Faktor dargestellt.

Ihre größte Stärke ist die Fähigkeit zur Mobilisierung. Zehntausende Teilnehmer bei Umweltprotesten und Hunderttausende Unterstützer bei Online-Petitionen belegen, dass Kreni Promeni gesellschaftlichen Druck erzeugen kann. Symbolisch dafür steht eine laut eigenen Angaben von 595.000 Personen unterzeichnete Petition an die Vereinten Nationen, mit der

im Zusammenhang mit einem Studentenprotest im März 2025 eine internationale Untersuchung zum mutmaßlichen Einsatz einer LRAD-Schallkanone durch staatliche Stellen gefordert wurde.

Der politische Ertrag dieser Mobilisierungsfähigkeit bleibt jedoch begrenzt. Die Aktionen führen meist zu kurzfristigen Verzögerungen, nicht zu strukturellen Kurswechseln der Regierung. Als größter Erfolg gilt die zeitweise Aussetzung des Lithiumprojekts infolge der Proteste 2021/22.

Mit dem Einstieg in die Parteipolitik im Jahr 2024 – nachdem Kreni Promeni die Parlamentswahlen ein Jahr zuvor boykottiert hatte – wurde der Anspruch auf politischen Einfluss erstmals in Wahlergebnisse übersetzt. In Belgrad erzielte die von Manojlović geführte Liste 17,69 % und wurde stärkste Oppositionskraft im Stadtparlament. In Novi Sad erreichte sie 10,23 %, in Niš 4 %.

Strategisch agiert Kreni Promeni überwiegend eigenständig, sucht jedoch situativ die Abstimmung mit anderen Oppositionskräften. Politische Beobachter sehen in der Bewegung eine etablierte, aber noch nicht dominante Oppositionskraft mit langfristigem Potenzial – allerdings mit begrenzten Chancen auf eigenständige Wahlsiege auf nationaler Ebene.

Aufgrund seiner Popularität gilt Manojlović inzwischen als möglicher Präsidentschaftskandidat bei den spätestens Anfang 2027 anstehenden Wahlen. Ob er tatsächlich kandidieren wird, bleibt offen. Ebenso unklar ist die langfristige Rolle der Bewegung selbst. Kreni Promeni hat signalisiert, sich bei künftigen Wahlen zugunsten der Studentenbewegung zurücknehmen zu wollen, sollte diese als wirksamere Plattform für einen Machtwechsel erscheinen. Diese Bereitschaft verweist auf ein politisches Selbstverständnis, das weniger am Parteaufbau als am maximalen politischen Effekt orientiert ist.



www.kreni-promeni.org

Nemanja Šarović



**EIN AUSSENSEITER
IM RAMPENLICHT**

Vom Radikalen zum Reporter

Die Proteste in Serbien haben auch neue „Stars“ hervorgebracht – einer der auffälligsten ist Nemanja Šarović. Als Journalist und LiveBerichterstatler von Anti-Regierungsprotesten, aber auch von Gegenveranstaltungen der Serbischen Fortschrittspartei (SNS), erlangte er im Jahr 2025 breite Aufmerksamkeit. Seine pointierten, oft satirischen Interviews machten ihn zu einer der sichtbarsten Figuren der Protestöffentlichkeit.

Dabei ist der 1974 geborene Šarović alles andere als ein politischer Neuling. Seit fast drei Jahrzehnten ist er Teil der serbischen Politik – lange Zeit am radikalen rechten Rand. Er war Parteikollege des heutigen Präsidenten Aleksandar Vučić in der Serbischen Radikalen Partei (SRS) und gehörte von 2012 bis 2020 als stellvertretender

Parteivorsitzender zum engsten Kreis um Vojislav Šešelj, der in Den Haag wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt war. Šarović selbst saß über drei Legislaturperioden im serbischen Parlament.

Seine politischen Positionen waren und sind klar nationalistisch geprägt. Er lehnt die Unabhängigkeit des Kosovos ebenso ab wie einen EU oder NATOBeitritt Serbiens. Symbolisch dafür steht seine Beteiligung an der Verbrennung einer EUFlagge bei Protesten der SRS. Auch seine Relativierung des Völkermords von Srebrenica als „Kollateralschäden des Krieges“ sowie seine Unterstützung für die verurteilten Kriegsverbrecher Radovan Karadžić und Ratko Mladić sind dokumentiert.

Der Bruch mit der SRS erfolgte 2020. Šarović verließ die Partei und gründete die Bewegung „Liebe, Glaube, Hoffnung“ (Ljubav, vera, nada). Er warf Šešelj vor, sich politisch entkernt und der regierenden SNS angenähert zu haben. Inhaltlich distanzierte sich Šarović jedoch nur begrenzt von seinen bisherigen Positionen. Im neuen Projekt traten ideologische Fragen zunehmend hinter einer scharfen Kritik an Korruption und Machtmissbrauch der Regierung zurück.

Politisch blieb der Erfolg überschaubar. Die Bewegung trat lediglich bei den Belgrader Wahlen 2022 an und scheiterte am Einzug ins Stadtparlament. Spätestens seit 2023 befindet sich Šarovićs politische Laufbahn erkennbar in einer Phase der Neuorientierung.

Diese vollzog sich nicht über Parteistrukturen, sondern über Medienpräsenz. Als Journalist beim lokalen Fernsehsender KTV in Zrenjanin erlangte Šarović eine Reichweite, die er in der aktiven Politik nie erreicht hatte. Besonders seine Berichte von SNSKundgebungen sorgten für Aufmerksamkeit: In satirisch-provozierender Manier interviewte er Teilnehmer und zeichnete das Bild einer mobilisierten Anhängerschaft, die

häufig aus pragmatischen oder persönlichen Motiven – nicht aus politischer Überzeugung – anwesend ist. Gerade diese Form der Berichterstattung machte ihn über ideologische Lager hinweg populär. Wiederholte kleinere Zwischenfälle bei seinen LiveAuftritten, die zu kurzfristigen Festnahmen ohne strafrechtliche Folgen führten, verstärkten zusätzlich seine mediale Präsenz. In diesen Situationen trat Šarović offen als Kritiker der Regierung auf und adressierte deren Defizite mit direkter Sprache.

Abseits seiner Person verfügt seine Bewegung allerdings über kaum bekannte Gesichter und spielt politisch bislang keine Rolle. Eine systematische Zusammenarbeit mit anderen Oppositionskräften ist nicht erkennbar. Zwar hat Šarović mehrfach Sympathie für die Studentenbewegung geäußert, ließ jedoch offen, ob er im Ernstfall bereit wäre, zugunsten einer breiteren Protestplattform auf eine eigene Kandidatur zu verzichten – die er bisher allerdings nicht angekündigt hat.

Sollte er dennoch bei künftigen Wahlen antreten, erwarten Beobachter entweder einen Alleingang oder ein Bündnis mit kleineren, ideologisch nahestehenden Gruppen. Einige Analysten halten es für möglich, dass Šarović – sofern es ihm gelingt, seine mediale Bekanntheit in politische Strukturen zu übersetzen – zu einem relevanteren Akteur im rechten Spektrum werden könnte. Andere bezweifeln dies und sehen in ihm eher ein mediales Phänomen als einen dauerhaft tragfähigen politischen Faktor.



[www.facebook.com/
PokretLjubavVeraNada/](https://www.facebook.com/PokretLjubavVeraNada/)



www.instagram.com/nemanja.sarovic/

Direction Europe Foundation

Building a democratic, European future for Serbia

The Direction Europe Foundation is an independent, non-profit and non-governmental organization based in Belgrade, Serbia, dedicated to promoting European values, democracy, the rule of law and civic participation.

We believe that Serbia's European future requires strong institutions, respect for human and minority rights, active citizens and open public dialogue.

Through educational programmes, public events, research, campaigns and international cooperation, the Foundation works to support a modern, democratic and European Serbia, with special focus on young people and volunteers.

Key areas of work

European Integration

European Values

Democracy

Rule of Law

Human Rights

Minority Rights

Civic Participation

Youth Engagement

Civic Education

Public Dialogue

Research & Analysis

International Cooperation

Volunteer Engagement

Transparency

Social Inclusion

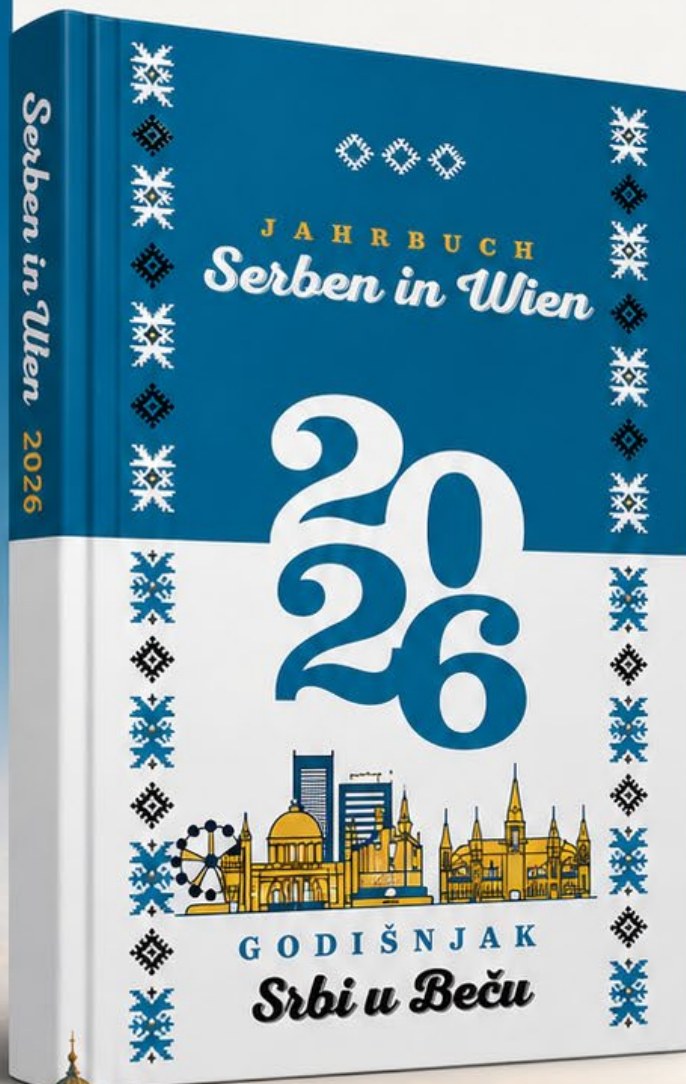
Policy Initiatives

Good Governance



J A H R B U C H

Serben in Wien



Die umfassendste Dokumentation der serbischen Gemeinschaft in Wien



Interviews mit führenden
Persönlichkeiten aus
Politik und Gesellschaft



Exklusive Einblicke in
Wirtschaft, Kultur und
Vereinsleben



Reportagen, Analysen und
ein einzigartiger
Jahresrückblick



170 Seiten geballte
Information, Geschichten
und Hintergründe



POLITIK &
GESELLSCHAFT



WIRTSCHAFT &
UNTERNEHMERTUM



KULTUR &
TRADITION



DATEN & FAKTEN
ZUR COMMUNITY



EXKLUSIVE
INTERVIEWS

Jetzt online unter

www.serben.wien

bestellen!